Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse

Band: 7 (1927)

Heft: 4

Artikel: J.C. Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz : 1839-1847 [Schluss]

Autor: Stolze, Alfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69123

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

J. C. Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz. 1839—1847.

Von Dr. *Alfred Stolze,* München.

(Schluß.)

Insofern als die Hoffnungen Bluntschlis auf eine kräftige Leitung der Schweiz sich bei Gelegenheit seiner Motion als utopisch erwiesen, war sie in gewissem Sinn wirklich « von europäischer Wichtigkeit », wie Fr. Rohmer meinte [178]. Allerdings war dies ebensowenig pessimistisch gedacht wie sein prophetisches Wort an Bluntschli in einem Brief vom 11. Oktober:

Jetzt sage ich Ihnen voraus, daß an Neujahr 1845 alles vorbei ist... [179].

Denn H. Schultheß mahnte auch damals wie so oft vor zu großem Optimismus. Ein langsamer Bodengewinn in der Schweiz sei wohl zu verzeichnen, der entscheidende Erfolg aber nicht so nahe, wie Rohmer zu glauben scheine, aber wohl nur scheine [180].

Der ganze Freundeskreis aber täuschte sich doch stark über den Gang der nächsten Zukunft. Dem « Bodengewinn » standen überall auch Verluste entgegen. Die Extreme verstärkten sich. Die Agitation für und gegen die Jesuiten ging weiter und hier scheint auch ein gewisses Versäumnis Bluntschlis und Rohmers vorzuliegen. Rohmer hielt damals die Schweiz fälschlicherweise für ziemlich beruhigt, Bluntschli glaubte wohl auch kaum an eine so baldige Berufung des Ordens nach Luzern und war zu-

---

178 An Bluntschli. Undat. Zwischen 11. und 18. Oktober 1844. R.-A.

179 R.-A.

180 Undat. N. Tr.

dem von seiner innern Politik ganz in Anspruch genommen. So wurde von ihrer Seite weder in Luzern noch bei den Kabinetten alles getan, was vielleicht noch hätte geschehen können, um die Berufung zu hemmen. Rohmers Gespräche mit Senfft, ein Brief an den preußischen Minister v. Bülow, ein Besuch Theodor Rohmers bei dem württembergischen Minister v. Schlayer befaßten sich alle fast ausschließlich mit der deutschen Politik. Und bei Abel, dem für die Jesuiten eingenommenen bayrischen Minister, spürte Rohmer schon damals deutlichen Widerstand. Er wurde nicht, wie er wünschte, dem König vorgestellt.

Gewiß war es auch nicht leicht, die sich bald überstürzenden Ereignisse so vorauszuahnen. Wider alles Erwarten unterwarf sich der Jesuitenorden den Bedingungen Luzerns. Der Provinzial unterzeichnete den Vertrag am 12. September. Am 24. Oktober beschloß der Große Rat von Luzern mit 70 gegen 24 Stimmen die Berufung. Die fanatische Agitation Leus von Ebersol, die Siegwart-Müller aus politischen Gründen unterstützte oder wenigstens nicht hemmte, hatte gesiegt.

Wie sehr Zürichs Regierung der Kritik beider Extreme, auch der des Ultramontanismus ausgesetzt war, ergibt sich aus einem Brief Th. Rohmers an Bluntschli:

München, den 28. September 1844.

...Die « Allg. Zeitung » vom 27. d.[181] enthält eine Korrespondenz « Von der Reuß », d. h. somit offiziell, worin erklärt wird, der Schwäche Zürichs sei es zuzuschreiben, daß Luzern dahin gekommen sei, als Äquivalent für die Klöster die Jesuiten zu berufen: Noch im vorigen Sommer habe man einer hochgestellten Zürcher Magistratsperson die Alternative gestellt ‚Klöster oder Jesuiten' und auf die Erklärung derselben, Zürich könne zur Klosterherstellung keine Hand bieten, sei der Jesuitenschritt von Seite Luzerns geschehen...

Sie können sich denken, von welch e n o r m e r Wichtigkeit diese Äußerung Luzerns für F. ist. In dem nämlichen Moment, wo er Ö. und B. gegenüber [Zürich][182] als Garant der Klösterherstellung darstellte und wo die Dinge in der Schweiz derart stehen, daß mehr als je von der vorörtlichen Leitung Zürichs die Schlichtung dieser Frage gewärtigt werden kann, in dem nämlichen Moment, wo Luzern mehr als je erwarten darf, daß in Z. mit dem Eintrtit des Vorortes die Mur.'sche Juste-milieupartei, die bisher alle

[181] A. A. Z., Nr. 271, S. 2164.

[182] Möglicherweise ist hier auch « sich » oder « Sie » zu ergänzen.

eidgenössischen Angelegenheiten verpfuscht hat, von der lib.-kons. weggeworfen und ersetzt wird — in diesem nämlichen Moment erklärt der abtretende Vorort, daß nur die Elendigkeit Zürichs und die Erklärung eines Züricher Magistraten diesen Ausgang der Dinge verursacht hat.

Es frage sich, ob Mousson diese Erklärung wirklich abgegeben habe, ob man sie in diesem Fall als bindend für den Stand Zürich anzusehen habe und was Bluntschli dagegen tun könne. Die Desavouierung sei für Friedrich wie für Bluntschli selbst unbedingt notwendig.

Für F. ist dies eine Lebensfrage der auswärtigen Politik.

Es handle sich darum, ob die katholische Partei die Zukunft des von Bluntschli geleiteten evangelischen Zürichs vertrauensvoll anerkenne oder ob sie im Abgehen von der Regierung den künftigen Vorort im voraus mit Kot bewerfe.

Die Katholiken glauben jetzt, glücklich die Protestanten überputscht zu haben. Sie haben als Äquivalent für eventuelle Nichtlösung der Klosterfrage die Jesuiten eingeführt und verlassen sich darauf, daß trotzdem Zürich die Frage löst, so daß sie beides, Jesuiten und Klöster, bekommen. Die Antwort darf nur die sein, daß Zürich die Klosterfrage auf die großartigste Weise vom Staatsgesichtspunkt aus löst und damit die Jesuiten für immer unschädlich macht.

Bedenken Sie, welch gemeinen Handel Luzern mit dem Recht treibt, indem es sagt « entweder Klöster oder Jesuiten ». Das verletzte Recht wird dadurch um kein Haar gesühnt, daß die Jesuiten kommen... Ich bitte Sie, diese Gemeinheit des Marktens mit dem Recht im « Beob. » hervorzuheben...[183].

Bluntschli teilte darauf am 1. Oktober mit, der bewußte Artikel sei vermutlich von Siegwart-Müller, beruhe aber auf absoluter Unwahrheit. Es knüpfte sich daran auch noch eine Polemik im « Beobachter » gegen Luzerns Politik.

Die schärfere Stellungnahme Bluntschlis gegen die katholische Partei um diese Zeit wurde nicht nur durch solche Angriffe hervorgerufen, sondern entsprach auch seiner ganzen « Frontveränderung ». In dieser Linie lag auch eine Aktion gegenüber der fanatisch-reaktionär vorgehenden Regierung in Wallis, die nicht einmal mehr reformierten Hausgottesdienst gestatten zu wollen schien.

---

[183] R.-A.

Der Regierungsrat beschloß, Staatsschreiber Hottinger ins Wallis zu senden, um beim dortigen Staatsrat Gegenvorstellungen erheben zu lassen. Am 17. und 18. September gab Hottinger einen längeren schriftlichen Bericht aus Sitten über seine Bemühungen, die nur einen ziemlich fragwürdigen Erfolg zeitigten[184].

Gegnerische Schweizer Blätter stellten allerdings die Sendung Hottingers als Spiegelfechterei Bluntschlis hin, die den Zürichern Sand in die Augen streuen solle[185]. Bluntschli war eben, wie er selbst am 1. Dezember an Rohmer schrieb, die bête noire der Radikalen:

... Blösch wurde nicht gewählt, weil ausgestreut wurde, er sei nach Zür. gegangen, um mit mir einen «Bernerputsch» zu verabreden...[186].

Ein gutmütiger Radikaler, der mich schon oft zu sich eingeladen hatte und gar freundlich tat, äußerte: er könne es fast nicht über sich bringen, zu meiner Wahl zu stimmen, weil ich den Staatsschreiber Meyer ins Wallis geschickt habe, um dort die Reaktion loszulassen und weil ich mit Siegwart die Berufung der Jesuiten nach Luzern verabredet habe. (!!)...

In Luzern ist das Pfaffenwesen arg. Ich habe nun zugesehen, wie durch bloß kathol. Parteien die Politik verdorben wird. Gewiß ist es für die kathol. Mächte durchaus nötig, die Politik und den polit. Geist zu beleben; sonst wächst ihnen das kirchliche Wesen auch über den Kopf...[187].

Das Interesse des Freundeskreises richtete sich im November und Dezember natürlich vor allem auf die bevorstehende Bürgermeisterwahl. Bluntschli schrieb an Rohmer am 27. November:

... Innerhalb 3 Wochen ist unsere Wahlkrisis. Ich bin bereits in aller Ruhe dahin gelangt, mich um die Wahl selbst gar nicht zu kümmern, sondern bloß zu überdenken, was unter den verschiedenen Chancen zu tun sei.

Entweder eine entschiedene Mehrheit oder eine Minderheit; nur nicht eine Mehrheit von 1 oder 2 Stimmen ist der Wahlspruch, der gegenwärtig in die Parteien geworfen ist.

---

[184] Wallis II, 1840—54. L. 56/2. St.-A. Z. Auszug daraus im «Beob.» Nr. 79; 1. Oktober 1844.

[185] Nach «Beobachter» Nr. 78; 27. September 1844.

[186] Vgl. Blösch, S. 142. Blösch wurde nicht wieder zum Landammann gewählt. Ferner Gagliardi, A. Escher, S. 79, Anm. 1.

[187] R.-A.

Unter uns gesagt, ist mir aber das Letzte das Wahrscheinlichste und nicht das Schlimmste. In diesem Falle gedenke ich mit dem Gr. Rat ein ernstes Wort zu reden und ihm eine unerwartete Alternative zu stellen.

Mein Instinkt ist in dieser ganzen Sache sehr günstig gestimmt.

Noch verzweifle ich gar nicht, daß eine Pazifikation des Kantons Zürich eben jetzt möglich wird. Und dann die Schweiz.

Vieles erinnert mich an das Ende der helvetischen Periode; aber als Schweizer wünsche ich und getränkt aus der Quelle Ihres Geistes hoffe ich, daß eine Vermittlung von Innen heraus gelinge...[188].

Auch H. Schultheß schrieb am 6. Dezember:

An Bluntschlis Wahl ist nicht zu zweifeln und er will sie auf eine Art annehmen, daß sie sowohl hier als in der übrigen Schweiz einen bleibenden Eindruck macht...[189].

Am nächsten Tag aber war plötzlich die Situation gründlich verändert durch den ersten Freischarenzug gegen Luzern. H. Schultheß berichtete Th. Rohmer darüber:

Zürich, den 7. Dezember.

... Heute kommt die Nachricht [von den Unruhen] hieher ganz unerwartet. Bl. sagt privatim zu Muralt, es wäre gut, sich auf alle Eventualitäten gefaßt zu machen. « Was, erwidert er, was — was tun; wir wollen Frieden, aber geht's los, so gibt's einen konfessionellen Krieg und dann müssen wir auf Seite der Protest. stehen, sonst werden wir alle tot geschlagen ». Diesen Nachmittag dann petit conseil. Beschluß: Schreiben an Luzern (offizieller Tadel der Jesuitenberufung als reizend), Schreiben an Bern (Frage, was das sei, und energischer Tadel der rohen Gewalt), Schreiben an den Vorort (Zürich für den Frieden und werde, sobald was geschehe, augenblickliche Zusammenberufung der Tagsatzung verlangen). Das wären vorläufig unsere Bataillone. Wenn Muralt (ohne den nichts durchzusetzen ist) dafür gewonnen wird, so ist morgen früh Staatsrat, nachmittag Reg.-Rat und abends gehen sie ab. — Plan: darauf, sobald Gefahr, Einberufung des Gr. Rates und Versuch, mit der östlichen Schweiz sich zwischen die innere und Bern mit seinen Trabanten (Soloth., Aarg. und Baselland rüsten schon) zu werfen für Aufrechterhaltung des Bundes und des konfess. Friedens. Dies die Idee: der Markt wird übrigens raufen lehren.

Wenn uns das nur nicht die Wahlen, die gestern noch so viel als sicher waren, verdirbt und entweder die Radikalen die Oberhand bekommen oder wenigstens sich mit den ärgsten Absolutisten verbinden, um Muralt

---

188 R.-A.

189 N. Tr.

zum Bleiben [zu] bewegen, ne quid res publica detrimenti capiat. — Bisher war ihr Plan uns dadurch zu teilen, daß sie Pestalozzi-Hirzel oder Ziegler als Kandidaten Bl. gegenüberstellten, was aber entschieden von diesen selbst zurückgewiesen ward. Morgen das Weitere. Sch.[190].

Ein Aufstand in Luzern selbst wurde schnell niedergeschlagen, die Freischaren und Aufständischen errangen zwar noch einen kleinen Erfolg an der Emmenbrücke, liefen aber dann auseinander. Die schlecht vorbereitete Unternehmung war kläglich gescheitert.

Unter den von Zürich getroffenen Maßregeln [191], wie Truppenaufgebot, Proklamation u. s. w. ist am interessantesten, wenn auch an sich ohne weitere praktische Bedeutung der Beschluß, die Stände Glarus, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden und Thurgau, also die gesamte östliche Schweiz im besonderen zu ersuchen, ihre Mannschaft marschfertig zu halten und Abgeordnete zu einer Verständigung über gemeinsame Maßregeln nach Zürich zu senden.

Dieser Beschluß liegt folgerichtig in der Linie von Bluntschlis Politik. Er hätte damit Zürich gern an die Spitze einer besonderen Koalition von Kantonen gestellt, ähnlich wie Luzern und Bern ihre «Vasallen» hinter sich hatten. Damit aber jeder Anschein einer Sonderabmachung vermieden würde, hieß es in Punkt 5 der Beschlüsse, daß auch die übrigen Stände eingeladen werden sollten, sich durch Abgeordnete bei dieser Besprechung zu beteiligen.

Durch die neuen Nachrichten von der Niederwerfung des Aufstandes wurden die Beschlüsse fast durchweg hinfällig. Am 11. Dezember schon wurden alle Truppen wieder entlassen.

Man teilte die Beschlüsse am 9. Dezember nach Luzern mit in einem Schreiben, das wiederum die Jesuitenberufung als Ursache des Unfriedens bedauerte, anderseits betonte, Zürich werde die Anarchie streng bekämpfen, und im übrigen die vermittelnde Stellung Zürichs hervorhob.

Das Ereignis ließ einerseits die Hoffnungen aller Konservativen und Reaktionäre aufflammen, anderseits aber verstärkte

---

190 N. Tr.

191 R.-R.-Pr. 1844, S. 389—413. St. A. Z.

es den Gegensatz zwischen Bern und Luzern, wie überhaupt die politische Erregung in der ganzen Schweiz.

Am 10. Dezember schrieb H. Schultheß an Th. Rohmer:

... Von Luzern bestätigt es sich, daß alles aus ist. Die Luzerner selbst sind nach Briefen von Gonzenbach, die Mousson soeben erhalten hat, mit der Haltung von Zürich sehr zufrieden.

Diese Sache, recht benutzt, ist der Herzstoß für die Radikalen und für Zürich die nächste Unterlage für ein großartiges eidgenössisches Auftreten. Ich kann Ihnen versichern, daß wir die Sache nach allen Seiten und energisch ausbeuten werden. Vermutlich wird Luzern eine Tagsatzung verlangen und die Kant. Bern, Solothurn, Aarg. und Baselland anklagen wegen der Freischaren. Wir spielen deshalb das Prävenire und werden, um eine starke Stellung einnehmen zu können, gegen ein paar Zuzüger aus unserem Kanton einschreiten.

Die Beschlüsse der Regierung, die praktische Idee, sich an die Spitze der östl. Schweiz zwischen die beiden Extreme zu werfen, hat der Regierung plötzlich eine Ahnung einer selbständigen Politik gegeben, nachdem Bl. im Reg.-Rat erklärt, daß sich Zürich wieder von den Ereignissen am Schwanz werde nachschleppen lassen, Z. sei entweder in der Schweiz alles oder nichts u. s. w., so daß Ed. Sulzer schon von der Schwierigkeit einer Zürch. Diktatur sprach ... [192].

Der österreichische Gesandte in München, Graf Senfft, dem Rohmer die Nachrichten mitteilte, schrieb ihm:

... Empfangen Sie meinen erneuerten lebhaftesten Dank für die gestrige Mitteilung. Allerdings ist das Resultat ein noch größerer Gewinn als der im Wallis errungene, weil die Hauptmächte in den Schranken und die Prinzipien, auf welchen alles beruht, in Frage waren. Bluntschlis Wahl halte ich nun für vollkommen gesichert; denn die Radikalen müssen schon kleinlaut werden und die zweifelhaften von ihnen zurücktreten ... [193].

Auf 16.—18. Dezember 1844 war die ordentliche Wintersitzung des Großen Rats von Zürich angesetzt. Wie sicher Bluntschli glaubte, zum Bürgermeister gewählt zu werden, geht aus folgenden Briefen hervor:

Bluntschli an Th. Rohmer:

Zürich, den 13. Dezember 1844.

... Am Montag ist Gr. R. Ich werde über die Luzerner Mordnacht berichten und die Stellung Zürichs entwickeln. Am Dienstag ist, wenn bis dahin keine neue große Gefahr die Entscheidung verschiebt,

---

[192] N. Tr.

[193] N. Tr.

die Wahl, die nicht fehlen wird. Die Radikalen sind nicht sehr eifrig dagegen und fangen an, sich in Notwendigkeiten zu fügen; werden übrigens dagegen stimmen, fast insgesamt.

Der Haß gegen die Jesuiten sitzt übrigens furchtbar tief, mehr, viel mehr, als ich es geglaubt. Es kommt mir vor, wie wenn der Instinkt der Reformierten eine Befriedung der Schweiz in der Zukunft für unmöglich hielte, wenn die Jesuiten sich im Vorort Luzern einnisten.

Jedenfalls das Erste ist Herstellung des Bundes und Maßregeln gegen ähnliche Schandtaten. Alles drängt zur Mediation; aber sie muß von Innen heraus gewagt werden...[194].

Bluntschli an Fr. Rohmer:

16. Dezember 1844.

... Morgen ist die Wahl.

Gestern bin ich über die Jesuitenfrage mit mir ins Reine gekommen. Lange sah ich nur den Radik. in dem Geschrei gegen die Jes. Zweierlei hat mir die Augen geöffnet: die Entschiedenheit auch liberaler Stimmen und vorzüglich der Triumph Siegwarts im Namen des Ultramont. in der « Allg. Z. » vor einiger Zeit.

Die Berufung von Dr. Strauß nach Zürich und
die Berufung der Jesuiten nach Luzern
sind zwei entgegengesetzte Pole, die beide überwunden werden müssen.

Dort war es ein Sieg des Radik. unter der Firma des Protestantismus über diesen, den man nicht dulden durfte.

Hier ist es ein Sieg des Ultram. (Absolutismus) unter der Firma des Kathol., der nicht geduldet werden darf.

Jener Sieg hätte die Kirche zerstört. Dieser würde in seinen Folgen die Politik ruinieren.

Wie es dort darauf ankam, das Straußentum als unprot. auszuscheiden, so kommt es hier darauf an, den Jesuitismus nicht als unkatholisch (das wäre nicht wahr), aber nicht als würdig, die Herrsch. zu erringen, zurückzuweisen.

Dort mußte die Kirche, hier muß der Staat gedeckt werden. Dort konnte am Ende ein Aufstand eines protest. Volkes durchgreifen. Hier darf unter keinen Umständen die Gewalt der protestantischen Schweiz die kathol. Schweiz zwingen. Aber es muß dieser die Augen öffnen.

Ich werde das alles morgen sagen; aber erst nach, nicht vor meiner Wahl...[195].

---

194 R.-A.

195 R.-A.

Der Brief mit seinen Antithesen stellt deutlich das Konzept für eine Rede dar. Man hört hier Bluntschli geradezu sprechen[196].

Am Morgen des Wahltages selbst, am 17. Dezember, schrieb H. Schultheß noch an Rohmer, er habe gar keine Angst.

Jetzt ist der Moment da, wo Zürich die Vermittlung der Schweiz in die Hand zu nehmen berufen ist und die Zeiten anfangen, groß zu werden. Die Schweiz ist nach dem letzten Auftreten Zürichs dazu bereit und Bluntschli hat in den letzten Tagen Entschlüsse gefaßt. Ich werde Ihnen heute Abend noch das Resultat der Wahl berichten können ...[197].

Wenn man diese Briefe mit ihren großen Hoffnungen liest, wird es einem erst so recht klar, welch niederschmetternden Eindruck es auf Bluntschli und seine Freunde machen mußte, als das Glück gegen ihn entschied. Es ist, als ob Rohmer stärker fast als Bluntschli selbst die Gefahr des Augenblicks gespürt hätte. Er wollte Bluntschli zum Wahltag schreiben, zerriß aber sechs kürzere und längere Briefe wieder und schrieb nur die paar Worte:

... Es soll nicht sein. fata viam invenient. F.[198].

Der Wahlvorgang ist schon mehrfach geschildert worden[199]. Nach der ehrenvollen Genehmigung von Muralts Rücktrittsgesuch und dem des ebenfalls zurücktretenden Regierungsrats von Sulzer-Warth wurden zunächst zwei neue Regierungsräte gewählt und zwar ein Liberaler und ein Konservativer. Dann schritt man zur Wahl des Bürgermeisters, die große Aufregung hervorrief und sich bis in die Nacht hinzog. Sechs Wahlgänge waren nötig, immer wieder standen die beiden Kandidaten Bluntschli und Zehnder gleich. Im 5. Gang hatte jeder 97 Stimmen, 3 Zettel waren ohne Namen abgegeben worden. Zehnder ermahnte nun als Großratspräsident, die Stimmen für einen der beiden Kandidaten abzugeben oder den Saal zu verlassen, da-

---

196 Seine Rede am 2. Sitzungstag bewegte sich auch teilweise in den Gedankengängen des Briefs.

197 N. Tr.

198 [14. Dezember 1844.] R.-A.

199 Vgl. z. B. Zehnders Autobiographie. Manuskript im Besitz von Frau Kehl-Fritsche, Zürich. Zum größten Teil wiedergegeben bei Zimmermann, S. 185 ff.

mit man zu einem Ende gelange. Der 6. Wahlgang entschied dann mit 99 gegen 97 Stimmen für Zehnder. Ungeheurer Jubel der Radikalen machte der gespannten Stimmung Luft. Für Bluntschli bedeutete es natürlich keinen Ersatz, daß man ihn mit 101 Stimmen gegen 95 für Dr. Furrer zum Großratspräsidenten wählte; der letztere wurde Vizepräsident.

Man darf wohl sagen, daß bei der Wahl der Zufall seine Rolle mitspielte. Die zwei ausschlaggebenden, im Grunde doch unentschiedenen Großräte hätten, falls sie während der Wahl von konservativer Seite zufällig bearbeitet worden wären, möglicherweise ihre Stimme für Bluntschli abgegeben. Nach einer Züricher Korrespondenz in die «Augsburger Allgemeine»[200] fehlten sechs konservative Großräte wegen Krankheit. Innerhalb der gesamten politischen Entwicklung allerdings war der Ausfall der Wahl eine ganz folgerichtige Niederlage der Konservativen. Man darf wahrscheinlich ohne weiteres behaupten, daß die im Jahre 1845 vorfallenden Ereignisse Bluntschli auch als Bürgermeister zum Rücktritt hätten bewegen müssen, selbst wenn er eine bedeutende Wendung seiner Politik vorhatte, wie dies aus den Briefen und aus seinem Tagebuch hervorgeht. Sein Fehler war eben, diese Wendung zwar seit langem schon vorzuhaben, mit der Umsetzung in die Tat aber warten zu wollen, bis er Bürgermeister geworden wäre, anstatt umgekehrt durch die Wendung seine Wahl sicherzustellen.

Nun waren alle die Pläne einer Mediation, einer an seinen Namen sich knüpfenden Bundesreform mit einem Schlag zu Wasser zerronnen.

Der erste Brief, mit dem H. Schultheß die Niederlage nach München meldete, ist nicht mehr vorhanden. Am 18. schrieb er an Rohmer über den Großen Rat:

... Der Ausgang der gestr. Diskussion war äußerlich wenigstens eine neue Niederlage. Furrer stellte den Antrag, Zürich solle als Vorort sofort eine außerordentliche Tagsatzung zu Herstellung des konfess. Friedens einberufen und inzwischen solle der Gr. Rat eine Deputation mit dem freundeidg. Wunsch der Zurücknahme des Jesuitendekretes nach Luzern senden. Bl. machte den Gegenantrag; mit der außerordentlichen Tagsatzung war er

---

[200] Nr. 357, 22. Dezember, S. 2852/3.

einverstanden, nicht aber mit der Deputation, die (Muralt war in petto) den Übergang zu einem Anschluß an Bern, Aargau und Comp. machen sollte. Der Ausgang der Diskussion war zweifelhaft, Furrer fühlte es und modifizierte willig, um nur seinen Antrag angenommen zu sehen und Sieger zu scheinen. Wirklich gelang es und er setzte mit 112 Stimmen durch, daß beschlossen ward: 1. die Deputation nach Luzern, aber durch die Regierung, nicht durch den Gr. Rat gewählt, 2. eine auß. Tagsatzung, 3. entschiedene und offizielle Mißbilligung der Freischaren durch die Deputation. Das Gegenmehr (zwischen 70 und 80 etwa) ward nicht gezählt. Allseitig ward dies jedoch nur als ein Vorkampf angesehen und der entscheidende Kampf wird bei der Instruktion für die auß. Tagsatzung losgehen. Bl. wird scharfe Anträge bringen, unterliegt er, so werden außer ihm die angesehensten Männer der Regierung ihre Stelle niederlegen.

Man weiß jetzt, daß die Wahl des konservativen Großratsmitglieds nur durch Zufall gelang, daß es im Plane der Radikalen lag, Bl. auch nicht Großratspräsident werden zu lassen, was aber mißlang. Nichts destoweniger sind wir in voller Revolution und die nächste Großratssitzung wird entscheiden, d. h. wir werden für den Augenblick unterliegen.

Der Mißerfolg der Wahl ist ein ungeheurer Schlag, allein für hier vielleicht organisch. Es ist Ostracismus der schlechtesten Art und diesem für die Zukunft der Riegel gestoßen. Überhaupt ist jetzt natürlich eine Reaktion für Bl. im Werden. Die Partei steht durch diesen Schlag einiger als nie und entschlossener als nie da.

Für die Radikalen wirkte die absolutistische Abneigung der Stadt [gegen Bluntschli], die Jesuitenfurcht und die Jesuitenverleumdung und vielleicht Bestechung von ein paar konserv. Mitgliedern.

Infolge der Niederlage steht unserm Zeitungswesen eine Veränderung bevor, indem ein tägliches Blatt erscheinen wird, dessen Redaktion ich übernehmen werde und das ziemlich reich ausgestattet werden soll. Der « Beobachter » erscheint dann nur noch einmal wöchentlich... [201].

Rohmer schrieb am 20. Dezember an Bluntschli:

... Mein letzter Brief hat nichts enthalten als die Worte fata viam invenient. Mich scheint eine Ahnung ergriffen zu haben; und nicht bloß, als ich ihn schrieb, sondern während aller der letzten Tage. Zu eigener Äußerung warte ich auf morgen... Mathild hat um Sie und Ihre Frau geweint. Ich nicht — fata viam invenient. Ihr Fritz [202].

Bluntschli selbst berichtete Rohmer erst am 21. Dezember:

... Endlich komme ich dazu, Ihnen zu schreiben.

Während der Wahlverhandlungen am Dienstag Nachmittag hatte ich durchaus das Gefühl eines Spielhauses; der Roulette. Die Stimmung

---

[201] N. Tr.

[202] R.-A.

der Radikalen widerte mich heftig an. Ich äußerte das, bevor es zu meiner Wahl oder vielmehr Nichtwahl kam, während welcher ich den Saal verließ und nach Hause ging.

Später — namentlich beim Erwachen — hatte ich das Gefühl von einem wüsten Traum, von dem man nicht recht weiß, ist es Wirklichkeit oder Täuschung. Alle Berechnungen — auf beiden Seiten — wurden getäuscht.

Für diesen Fall war ich zum Rücktritt entschlossen. Ich mußte — so schwer es mir fiel — davon abstehen, weil weder die Partei noch das Volk den Rücktritt in diesem Moment verstanden hätte. Sie hätten denselben bloß persönlich, nicht politisch aufgefaßt; politisch hätten sie darin lediglich ein Verlassen ihrer gesehen und eine Feldflüchtigkeit. Sie erklärten mir das aufs offenste und dringendste selbst. Und die Art, wie sie mich beschworen, an ihrer Spitze auszuharren, war in der Tat überzeugend. Ein Rücktritt in diesem Moment wäre eine moralische Niederlage gewesen für mich und die Partei.

Inzwischen rückt aller Wahrscheinlichkeit nach in wenigen Wochen der Moment heran, wo der konservative Bestandteil der Regierung zurücktreten muß. Dann verstehen alle die politische Bedeutung.

Wir stehen nun in der schweizerischen Revolution mitten darin. Bisher seit 1830 hatten wir nur kantonale. Der Radikalismus hat den Instinkt, daß er ohne jene verloren ist; freilich auch nach jener. Aber er sieht auf das Nächste und da hat er die günstigsten Chancen mit der Revolution.

Aargau wird voran wüten; Bern leiten und unterstützen. Die radik. Verbindung durch die ganze Schweiz ist hergestellt. Sie wird wachsen.

Der Vorwand der Jesuiten fanatisiert einen großen Teil der Reformierten und jagt sie den Radikalen in die Hände.

Jetzt schon tritt die neue Schweizer Verfassung deutlich hervor und wird auch Anhänger finden.

Volksversammlungen, Vereine, gemeinsame Petitionen durch die ganze Schweiz werden nun an die Tagesordnung kommen und aufregen. In Form von Nationalgarden (freiwilligen zunächst) verbreiten sich die Freischaren überall hin und sind eine bewaffnete junge Schweiz, deren Wesen sich im Wallis manifestiert hat.

Die Radikalen wollen den Bürgerkrieg und werden ihn haben. Der Damm, den Zürich entgegensetzte, ist nun gebrochen. Die innere Schweiz ist gerüstet und wird Widerstand leisten. Das einzige in Zürich Erreichbare (?) wird sein — statt einer Mediation der Schweiz von Zürich aus und Zurückweisung jeder bundeswidrigen Gewalt, damit ist es nun aus — Nichtanteilnahme am Krieg.

Die Regierung wird einen schweren Stand haben in nächster Zeit. Sie wird dem Umsichgreifen der schweizerischen Revolution hinderlich im Wege stehen und doch dieselbe weder überwinden noch leiten. Eine solche Stellung ist unhaltbar: sie reizt bloß, sie hilft nicht. Deshalb, sobald das klar ist, wird die Regierung sich ändern und radikal werden müssen; d. h. Mousson, Ziegler, ich und vielleicht noch ein paar werden ausscheiden und in den Großen Rat als Opposition zurücktreten, vermutlich schon in der nächsten Sitzung, wenn die Instruktion für die außerordentliche Tagsatzung zur Sprache kommt, bei welcher Gelegenheit wir eine eklatante Niederlage im Gr. Rat erleben werden. Denn wir werden nur zu einem gerechten Frieden stimmen und der Gr. R. wird zu einem radikalen (in scheinbar gemäßigter Form) Hand bieten. Feiger Radikalism. ist sein — in der ausschlaggebenden Masse vorhandener — Charakter.

Die neuesten Erfahrungen haben mir klar erwiesen:

1. daß eine Befriedigung des K. Zürich deshalb unmöglich ist im jetzigen Augenblick, weil die radik. Partei viel zu stark vertreten ist im Gr. Rat,

2. daß eine Mediation d. Schweiz von Zür. aus unmöglich ist, bevor die Aargauer und die Berner Regierung eine wesentliche Systemsänderung erfahren hat und der Radikalismus dort geschlagen ist.

Die Ereignisse, nur diese, können dahin führen.

Inzwischen sieht es sehr gefährlich aus. Und ich würde mich gar nicht sehr verwundern, wenn ich in einer dunkeln Nacht in Zürich plötzlich die drohenden Stimmen von Freischaren aus dem Aargau, Limmattal u. s. f. vernähme.

Eine sehr ruhige, kalte, aber entschlossene Opposition ist gegenwärtig die einzig mögliche Politik der liberal-konserv. Partei und darum gut, daß ein tägliches ruhiges lib.-konserv. Blatt (wahrscheinlich unter dem Titel «Eidgenössische Zeitung»), redigiert von Schultheß, nun an die Stelle des «Beobachters» tritt.

Persönlich habe ich in Zürich sehr gewonnen durch die Niederlage im Gr. Rat. Der republikanische Neid und Haß ist fort; und das Gefühl der Achtung lebhafter als je. Ich habe dafür eine Reihe von Beweisen erlebt. Ich selbst dachte in diesen Tagen weniger an mich, aber viel an Zürichs Schande und die Gefahr der nächsten Zeit für die ganze Schweiz, viel auch an Sie.

Ich wiederhole: die Schweizer. Revolution hat begonnen und wird ihren Gang machen; und dann erst wird der Radik. auf eidgenöss. Gebiete, vielleicht erst nachdem er alles durchwühlt und äußerlich ganz gesiegt hat, überwunden werden.

Das radik. helvetische Regiment würde fürchterlich terroristisch werden...

NS. Bei alle dem habe ich noch große Zweifel, daß H. Zehnder im J. 1846 (seinem Amtsjahr) den Bürgermeisterstuhl besteigen und an der Spitze der Schweiz stehen werde...[203].

Bluntschli fügte dem noch die Nachricht bei, daß die Verhandlungen bezüglich des neuen Blattes, der « Eidgenössischen Zeitung », ins Reine gekommen seien. Hauptredakteur werde H. Schultheß, Mitredakteur Gysi. Das Komitee bestehe aus diesen beiden, drei Aktionären und ihm. Daneben werde die « Wochenzeitung » als polemisches Parteiblatt weiter erscheinen, der « Beobachter » aber in diesen beiden Blättern aufgehen. Das neue Blatt werde die Parteienlehre für die ganze Schweiz handhaben und er glaube, daß es bald das erste Organ der Schweiz sein werde.

Abgesehen von diesem letzten Satz zeigt der Brief, daß Bluntschli klar und richtig die nächste Zukunft beurteilte. Um so verwunderlicher mag es erscheinen, daß er kurz vorher sich noch so großen Illusionen hingegeben hatte. War seine Niederlage auch eine Art Signal für die kämpfenden Parteien der Schweiz, die Gesamtsituation war doch dadurch noch nicht so völlig verschoben, daß dergestalt gegensätzliche Betrachtungen vor- und nachher ganz berechtigt gewesen wären. Der starke Wunsch hatte eben vorher Bluntschlis Gedanken gefärbt.

Übrigens ertrug Bluntschli den schweren Schlag in den ersten Tagen nicht mit voller Würde. Nach der Darstellung Zehnders drehte ihm Bluntschli bei der ersten Sitzung am nächsten Tage, die er als Präsident leitete, den Rücken zu. Es war für Bluntschli eben besonders bitter, daß gerade der Mann ihn überwunden hatte, dem er selbst in den Regierungsrat geholfen hatte, um den Liberalen etwas entgegenzukommen, den er aber als so unbedeutend ansah, daß er von ihm nichts befürchten zu müssen glaubte. Vor allem aber zitterte Bluntschlis Zorn und Ärger nach in einem, wenn nicht von ihm verfaßten,

---

[203] R.-A. Zehnder erklärte selbst nach seiner Wahl, er hoffe, daß ruhigere Zeiten kämen und er dann seine Würde in berufenere Hände übergeben könne.

so doch inspirierten Artikel « Der Bürgermeisterstuhl von Zürich »[204], der in nicht ganz vornehmer Weise dem neugewählten Bürgermeister die Fähigkeit für diese Würde absprach und die Annahme als Vermessenheit bezeichnete. Auf der andern Seite fehlte es dann demgegenüber auch nicht an bösen Verspottungen Bluntschlis, wie etwa in dem anonymen Flugblatt von Johannes Scherr « Fordere niemand mein Schicksal zu hören! Ein neues schönes Lied für alle guten Christen vom weltbekannten Hans Caspar jerum, Doktor der Nabelkunde »[205].

Mit der neuentstandenen politischen Lage, den Ursachen der Niederlage beschäftigten sich tagebuchartige Notizen Theodor Rohmers vom 22. und 23. Dezember, ferner zwei längere Briefe von ihm, der eine vom 27. Dezember an Schultheß, der andere undatiert an Bluntschli[206].

Die Gedanken der Brüder Rohmer stimmten zum Teil mit denen Bluntschlis überein, entfernten sich in anderem wieder stark von seinen Wünschen. Bluntschli wäre sicher aufs Tiefste erschrocken, wenn Rohmer den hier ausgesprochenen Plan, vielleicht selbst wieder nach Zürich zu gehen, um die Radikalen wie im Jahre 1842 zu bekämpfen, etwa hätte ausführen wollen. Doch schienen selbst Rohmer die Schwierigkeiten zu groß dafür. Wenn die Radikalen auch keinen persönlichen Skandal wie 1842 mehr machen könnten, so würden sie wohl um so mehr einen Staatsskandal machen wegen seiner Beziehungen zu Bayern und Österreich. Wieder wurde hervorgehoben, daß eine Niederlage nach der andern erfolgt sei, seitdem sich Friedrich von der schweizerischen Politik zurückgezogen habe. Demgegenüber könnte man sagen, wie Theodor selbst einwarf, daß Friedrich durch den Ruf, katholische Tendenzen zu vertreten, rück-

---

[204] « Beob. » Nr. 102; 20. Dezember. Der von Zimmermann aus Zehnder entnommene Schlußsatz des Artikels: « Ehe auf den Stuhl ... » entstammt übrigens einem Artikel vom 11. Januar 1842 von Fr. Rohmer und fehlt hier. Zehnders Autobiographie ist überhaupt etwas kritisch zu betrachten. Er bezeichnet z. B. Bluntschli als Freund von Siegwart-Müller und B. Meyer.

[205] Neumünster b. Zür. 1844. 2 S.

[206] Notizen in Bl.-A., Briefe in R.-A.

wirkend auf Bluntschli die letzte Niederlage befördert habe. Aber dies sei nicht richtig; denn solche falschen Gerüchte über Rohmer seien nur deshalb entstanden, weil die Konservativen Zürichs, ja die « Rohmer'sche Koterie » selbst, eine ungewisse und dunkle Haltung in Beziehung auf Fritz beobachtet habe. Sie habe durch ihr diplomatisches Benehmen an Stelle eines offenen Bekenntnisses zu Rohmer den Verdacht selbst vermehrt.

Der Hauptzorn der Brüder richtete sich nunmehr gegen Luzern und seine Jesuitenberufung, die man mit Recht als eine der bedeutendsten Ursachen von Bluntschlis Nichtwahl ansehen kann neben dem Umstand, daß er die Klosterfrage nicht rechtzeitig hatte fallen lassen. Und nun mußte er erleben, von katholischer Seite noch für seine mißglückten « Transaktionsversuche » verspottet zu werden [207].

Der Artikel « Der Bürgermeisterstuhl von Zürich » wurde von den Brüdern getadelt. Er habe überall, auch bei Senfft, den penibelsten Eindruck gemacht. Man sollte ihn auf feine Weise desavouieren.

Rohmer machte Vorschläge für die Haltung der neuen « Eidgenössischen Zeitung », die sie als « Rohmersches », weitgehend von der konservativen Partei unabhängiges Blatt natürlich lebhaft begrüßten. Außerdem regten sie aufs neue die Frage an, ob Bluntschli oder Schultheß nicht doch wieder mit der « Augsburger Allgemeinen Zeitung » anknüpfen könnten.

Theodor meinte, Bluntschli und Friedrich müßten jedenfalls jetzt öffentlich liberal auftreten. Fritz wolle sich an die Spitze des Protestantismus stellen. Daneben wurde der Gedanke weiter verfolgt, durch öffentliche Anerkennung Rohmers von Seite eines deutschen Staates auch Bluntschli wiederum zu stützen. Überhaupt glaubten sie, daß die Schweiz sich nicht mehr aus sich selbst heraus regenerieren könne, sondern daß das Ausland eingreifen müsse, wäre es auch zunächst nur durch diesen Akt der Auszeichnung Fr. Rohmers.

Es ist seltsam, wie sich bei Rohmer stets zwischen sehr gescheite und richtige Äußerungen solche absurden Ideen ein-

---

[207] Z. B. in « Augsb. Postzeitung » « + Luzern, 19. Dezember », Nr. 358; 23. Dezember 1844.

schieben. Wie konnte er oder wie konnte wenigstens Theodor Rohmer annehmen, daß es nur die geringste politische Wirkung auf die Schweiz haben werde, wenn etwa Österreich Friedrich den Adel oder einen Orden verliehen hätte, abgesehen davon, daß dieser Plan an sich eine fast komisch wirkende reine Wunschphantasie darstellte. Zwischen Abel und Rohmer scheint übrigens schon damals kein gutes Verhältnis mehr bestanden zu haben. Besser blieb es noch für einige Zeit zu Graf Senfft.

Bluntschli schrieb Rohmer am 26. Dezember:

... Mir ist es geradezu unbegreiflich, warum Sie nicht gegenwärtig in diesen (den Schweizer) Dingen das volle Vertrauen der deutschen Kabinette haben. Mir kommt das Verfahren Deutschlands gerade so vor, wie wenn die Deutschen in einem Schauspielhause säßen, während auf den Brettern nicht Komödie gespielt, sondern ein ernster Kampf auf Leben und Tod gefochten wird. Die Zuschauer meinen, das gehe sie gar nichts an, und merken nicht, daß, wenn die Schüsse fallen und das Feuer die Bühne ergreift, auch sie urplötzlich in Lebensgefahr sind...

Die Briefe Theodors kränkten Bluntschli teilweise tief, wie er selbst Friedrich am 1. Januar 1845 schrieb. Er wandte sich vor allem gegen den Vorwurf, daß er Rohmer nicht genügend in der Öffentlichkeit «premiert» und dadurch die Niederlage hervorgerufen habe.

Seine Darstellung ist voller Illusionen über die Schweiz und die Natur der Parteien in der Schweiz. Die schweizer. Revol. ist eine reale Macht, die sich als solche fühlt. Sie wird durch keine Illusionen und keine künstlichen Mittel, durch keine Zeitungsartikel aufgehalten oder besiegt, sondern nur durch große Politik, welcher eine reale Macht unterstützend zur Seite geht.

In Zürich ist die Unterlage von 1842, so weit sie eine persönliche ist, ganz aufgezehrt. In der Schweiz wirkt dieselbe noch weniger. Nur durch ein großes Auftreten von Ihnen, außerhalb der Schweiz und nur, wenn Sie eine große, reale Macht hinter sich haben, wird 1845 die Eigenschaft von 1842 da sein und entscheiden. Unter dieser Voraussetzung allein kann ich wirken. Ohne sie sind mir die Hände gebunden.

Rohmer solle sich aber durch die Rücksicht auf ihn in dem ihm notwendig erscheinenden Gang seiner Politik in Deutschland nicht aufhalten lassen. Aber auf der andern Seite erkläre

auch er, Bluntschli, aufs bestimmteste, zu einer neuen schweizerischen Auflage von 1842 keine Hand zu bieten.

Ich würde mir selber sagen müssen: du verstehst nichts von der Schweiz, nichts von Politik, wenn du das tust. Und mit diesem Selbstbekenntnis wäre ich unfähig zu jeder Teilnahme...

Im weiteren klagte Bluntschli über die Absolutisten, an ihrer Spitze Muralt und Wyß, die heftig, allerdings im Geheimen, gegen ihn reagierten und der «Rohmerei» schuld an allem gäben, wie auch dem allzu starken Auftreten gegen die Radikalen, mit denen man sich hätte verständigen sollen. Im übrigen sei diese Fraktion sehr feige.

Ein einziges starkes Wort eines Gesandten, dem sie anfühlen, daß es nicht ein Wort ist ohne Hintergrund der Tat, würde sie in Furcht setzen...

Zum Schluß erklärte Bluntschli, er verzweifle noch gar nicht am Erfolg, im Gegenteil hoffe er auf das Größte mehr als je [208].

Das Verhängnis der politischen Verbindung Bluntschlis mit Rohmer lag darin, daß Rohmer ohne den Hintergrund der schweizerischen Politik ein Nichts war. Eine Machtstellung irgendwelcher Art zu erringen, war ihm in Deutschland noch weniger möglich als in der Schweiz. Bluntschli aber hoffte mit Rohmer immer wieder darauf, drängte ihn selbst zu deutscher Politik, um dort eine Stütze für seine schweizerische zu finden. Beide warteten vergeblich auf den Erfolg des andern, der den eigenen sichern sollte, und mußten deshalb beide scheitern.

Das Verhängnis von Bluntschlis eigener Politik aber lag darin, daß er in kantonalen Dingen freier dachte als seine konservativen Parteifreunde, besonders die sogenannten «Absolutisten» mit ihrer engkirchlichen Religiosität, daß er in eidgenössischer Politik dagegen — allerdings nur scheinbar — reaktionärer war als sie, nämlich mehr zum Katholizismus hinneigte, ihn wenigstens nicht bekämpfen wollte. Daß diese Haltung ebenfalls im Grunde «liberaler» war als die «borniert-protestantische» Haltung vieler Konservativen, wurde in der Hitze des Kampfes von den Zeitgenossen übersehen.

---

[208] R.-A. Der Brief ist falsch 1. Januar 1844 datiert.

Jedenfalls hatten Bluntschli, seine Züricher und seine deutschen Freunde allen Grund, mit Besorgnis ins neue Jahr 1845 zu schauen. Bluntschli hat ja selbst seine Politik vor und nach dem Wendepunkt vom Dezember 1844 scharf und richtig charakterisiert. Hoffte er vorher an der Spitze eines neutralen Zürichs in Verbindung etwa noch mit den Kantonen der östlichen Schweiz zu vermitteln, bei einem Bürgerkrieg sich zwischen die Streitenden werfen zu können, so konnte fortan sein Hauptaugenmerk nur noch darauf gerichtet sein, möglichst den Krieg zu verhindern, da er voraussah, daß Zürich nicht neutral bleiben, sondern sich auf die Seite der Radikalen schlagen werde. Vorher hoffte er noch das Übel an seiner Wurzel packen zu können durch großzügige « Pazifikation » der Schweiz und eine Bundesreform, von 1845 an blieb ihm nichts mehr übrig, als die Symptome des Übels möglichst zu bekämpfen. Aber auch diese Bemühungen waren zum Mißerfolg verurteilt.

Die Monate nach dem ersten Freischarenzug sind gekennzeichnet durch eine heftige Agitation der Radikalen gegen die Jesuiten. Ein neuer Freischarenzug wurde ziemlich offen vorbereitet. Den größten Erfolg hatte diese Bewegung in Zürich und in der Waadt. Die Gegenarbeit der Züricher Konservativen konnte gegen den Strom nicht aufkommen. Die « Eidgenössische Zeitung » rief wohl dazu auf, gegenüber den radikalen Volksvereinen und Komitees « Schutzvereine für Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung » zu bilden [209]. Die in den Blättern darüber entbrennende Diskussion scheint ohne praktische Auswirkung gewesen zu sein, während auf der radikalen Seite mit großer Begeisterung, allerdings auch mit allen Mitteln der Demagogie gearbeitet wurde. So wurden die konservativen Zeitungen, besonders die Bluntschli nahestehenden, immer wieder als « Jesuitenblätter » bezeichnet [210].

---

[209] Nr. 5; 5. Januar 1845.

[210] Z. B. in einem Lied « Züricherischer Volksmarsch », Beilage zu einem Brief H. Gysis an Bluntschli vom 24. Januar 1845. Bl.-A.

Die Aufregung pflanzte sich bis in die Gesellschaftskreise hinein fort[211]. Und am 26. Januar 1845 fand die große radikal-liberale Volksversammlung in Unterstraß statt, die entgegen den Befürchtungen der Regierung[212] zwar ruhig verlief, aber doch durch die (sehr verschieden angegebene) große Zahl der Teilnehmer einen nachhaltigen Eindruck im Kanton hinterließ.

Eine Gegenpetition der konservativen Partei an den Großen Rat fand aber ebenfalls 20,000 Unterschriften. Sie verlangte die Lösung der Frage ohne Gewalt. Sie veranlaßte doch die radikalen Führer in Zürich zu behutsamerem Vorgehen im Vergleich mit den Berner Agitatoren vom Schlage Ochsenbeins.

An Versuchen der Regierungen, insbesondere von Bern und Zürich, der Sachlage irgendwie Herr zu werden, fehlte es nicht. Schon der Große Rat von Zürich vom Dezember 1844 beschloß — entgegen einem Antrage Bluntschlis — durch eine Ehrengesandtschaft nach Luzern dort nochmals die freundeidgenössische Einladung vorzubringen, auf die Jesuitenberufung zu verzichten. Abgesandt wurden Zehnder und M. Sulzer. Man verwies die beiden in Luzern nur auf die kommenden Beschlüsse des Luzerner Großen Rates, die natürlich dann in negativem Sinne ausfielen[213].

Bern seinerseits suchte Zürich durch Absendung der Herren Tavel und Weber zu dem Beschlusse zu bestimmen, eine außerordentliche Tagsatzung einzuberufen, damit diese unter Umständen die Jesuiten von Bundes wegen aus Luzern ausschließen könne. Bern wünschte immerhin nicht, gegen die schon in der Schweiz befindlichen Jesuiten vorzugehen. Auch Gewalt sollte nur im alleräußersten Falle angewandt werden. Die Mehrheit des Zürcher Regierungsrates aber stellte sich auf den konservativen Standpunkt, daß die Jesuitenberufung eine Frage der

---

[211] Vgl. Gagliardi, Alfred Escher, S. 70, Anm. 1.

[212] H. Gysi teilte Bluntschli am 24. Januar mit, es seien 200 Mann konsigniert worden, um eventuell unter den Befehl von Oberst Ziegler zu treten. Sonstige Maßregeln s. Zimmermann, S. 200/1. Über die Versammlung s. ebenda, S. 197—200.

[213] Das ausführliche Absageschreiben Luzerns vom 1. Februar 1845 s. Jesuitenkampf, S. 181—188.

kantonalen Souveränität sei und lehnte den Gedanken auch einer etwaigen legalen Exekution ab. Eine außerordentliche Tagsatzung hingegen sollte einberufen werden[214]. Am 28. Januar beriet der Regierungsrat die Instruktion, die er dem Großen Rat vorschlagen wollte. Sie deckte sich im wesentlichen mit dem Kreisschreiben vom 22. Januar, mit welchem der Vorort zur Tagsatzung eingeladen hatte[215]. Dieses Schreiben nahm scharf Stellung gegen die Freischaren, bedauerte auf der andern Seite die Berufung der Jesuiten nach Luzern, regte eine Einladung der Tagsatzung an Luzern an, auf die Berufung zu verzichten, wollte aber von gewaltsamem Einschreiten wegen kirchlicher Orden erst dann etwas wissen, wenn dem betreffenden Orden Landfriedensbruch nachgewiesen sei. Bezüglich der Jesuiten sei dies zur Zeit nicht der Fall.

Die Ablehnung der Anregungen Berns und die Durchsetzung des Kreisschreibens und des entsprechenden Instruktionsantrags, beides allerdings nur innerhalb des noch überwiegend konservativen Regierungsrates, waren die letzten kleinen politischen Erfolge Bluntschlis während seiner Amtstätigkeit.

Er versuchte Anfang Januar wieder mit den Konservativen in Bern zusammenzuarbeiten. Denn der gemäßigte Antrag der Berner Gesandten in Zürich schien zu beweisen, daß kurze Zeit selbst Regierungsmitglieder in Bern Lust hatten, sich der Haltung Zürichs anzuschließen. Die tumultuarische Bewegung der Antijesuitenagitation und des Freischarentums konnte selbst von Neuhaus nicht offen gebilligt werden, auch wenn ihre Tendenzen ihm sympathisch waren. So kam in die Haltung des schon schwer erkrankten Mannes eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit[216].

Anderseits gab Bluntschli in einem Brief vom 5. Januar an Bloesch zu verstehen, daß er nicht abgeneigt sei, den Triumph der Jesuiten in Luzern selbst durch starke Mittel zu verhindern,

---

[214] R.-R.-Pr. vom 15. Januar 1845, S. 44—47. MM. 2/87 St.-A. Z.

[215] Jesuitenkampf, S. 167—173.

[216] Über die Haltung Neuhaus' und anderer Regierungsmitglieder, z. B. des überhaupt sehr wandelbaren Tavel in dieser Zeit vgl. Burckhardt, Neuhaus, S. 175 f.

allerdings mit Ausschluß physischer Gewalt[217]. Er war mithin schärfer gegen die Jesuiten in Luzern eingestellt, als er es öffentlich aussprach. Bloesch erwiderte darauf ermunternd und hoffte auf Durchdringen eines solchen Vorschlages bei der Berner Regierung. Er unterschrieb auch eine von Zürich aus an die Tagsatzung gerichtete Petition für friedliche Erledigung. Aber bei der Verhandlung des Berner Großen Rates vom 29. Januar über die Instruktion wurden die Opponenten Bloesch, Stettler[218] und Hans Schnell[219] geradezu am Reden verhindert und es wurde ihnen das Wort entzogen. Ihre Anhängerschaft sank auf 40 Stimmen herab[220]. Die Zeit verlangte überall unumwundene Entscheidung. Auch in Bern siegte vollkommen das radikale Extrem, dem ja dann selbst Neuhaus im nächsten Jahre weichen mußte.

Ende Januar 1845 wurden Bluntschli und Regierungsrat Wild nach Luzern abgeordnet, um über die Sicherung von Zürcher Gläubigern gegenüber Luzerner Schuldnern, deren Vermögen wegen Teilnahme am Freischarenzug konfisziert war, zu unterhandeln. Bluntschli benützte den Anlaß natürlich zu dem Versuch, persönlich auf die Luzerner Staatsmänner einzuwirken, um sie zur Annahme des vorörtlichen Antrages zu bestimmen[221]. Doch traf er nur bei Kast und Bernhard Meyer auf Verständnis. Siegwart-Müller und besonders der Bauernführer Leu, den Bluntschli damals kennen lernte, pochten hartnäckig auf das kantonale Souveränitätsrecht und waren zu Konzessionen nicht geneigt. Trotzdem richtete er an die besonnenen Führer der herrschenden Partei in Luzern im März noch ein ausführliches Memoire, um ihnen die Notwendigkeit des freiwilligen Verzichtes auf die Jesuiten in ihrem eigenen Interesse darzulegen[222].

---

217 Bloesch, S. 152.

218 Albert Friedrich St., Altlandammann und Staatsrechtslehrer, 1796—1849.

219 1793—1865.

220 Jesuitenkampf, S. 181.

221 D. I, S. 371/2.

222 Dok. Abr., S. 237. Dieses Memoire konnte bisher im Wortlaut von mir nicht ermittelt werden. Bluntschli teilte es dem Gesandten Philippsberg

Auf 4. Februar wurde der Große Rat von Zürich einberufen zur Beratung der Tagsatzungs-Instruktion. Die Stimmung war durch die Volksversammlung in Unterstraß in einem der Regierung ungünstigen Sinne beeinflußt. Bluntschli mag trotzdem eine schwache Hoffnung gehabt haben, vielleicht noch einmal wie im Juni 1844 durch seine Rednergabe den Sieg zu erringen. Wenigstens strengten er und seine Freunde sich aufs stärkste an und überließen das Feld nicht kampflos den Gegnern [223]. In seiner Eröffnungsrede stellte Bluntschli den Großen Rat klar und entschieden vor die Wahl: Krieg oder Frieden. Er gestand zu, daß möglicherweise der Weg des Krieges der heilsame sein könne, aber leichtsinnig dürfe er nicht beschritten werden, nicht unter dem Druck der aufgewiegelten Massen. An eine kirchliche Gefahr von Seite der Jesuiten glaube er nicht. Die Reformierten seien in sich stark genug, Staat und Wissenschaft hätten sich im 19. Jahrhundert von der Kirche emanzipiert. Die Frage sei also nicht vom konfessionell-kirchlichen, sondern vom rechtlichen und politischen Standpunkt aus zu lösen. Sie sei eine eidgenössische, nicht aber eine nationale Frage und müsse nach dem eidgenössischen Staatsrecht, nicht nach der Ansicht der Mehrheit der Schweizer behandelt werden. Und das Staatsrecht verbiete, daß in konfessionellen Dingen die Mehrheit der Stände der Minderheit das Gesetz machen dürfe. Zürich habe unter Kämpfen dieses Prinzip während der Reformation eingeführt und durchgesetzt und würde sich durch seine Verleugnung selbst untreu werden.

Unter den Gewaltfreunden gebe es nun verschiedene Schattierungen. Ein gar nicht kleiner Teil wolle bloß mit der Gewalt drohen. Dies verbittere nur und führe doch zu keinem Ziel. Unter denen, die Gewalt wirklich anwenden wollten, seien solche, die das nur legal, auf Grund eines Tagsatzungs-Beschlusses wünschten, um die Gewaltanwendung damit äußerlich zu rechtfertigen. Besonders in Zürich gebe es viele Vertreter dieser An-

---

mit lt. Brief an Fr. Rohmer vom 20. März 1845 (R.-A.), ferner auch Baumgartner, Gonzenbach, E. v. Müller, Bloesch u. a. (Bl.-A.).

[223] Gr.-R.-Pr. 1845, Nr. 1—14. Jesuitenkampf, S. 188—237. Zimmermann, S. 201—204.

sicht. Gefährlicher sei ein anderer Teil, der auch ohne Mehrheitsbeschluß einen Krieg Kanton gegen Kanton betreibe. Der Sitz dieser Männer sei vorwiegend Bern. Am allergefährlichsten aber sei der dritte Teil, die Freischarenpartei, die eine illegale Revolutionsarmee gebildet habe und den Bund zertrümmern wolle, um ihre terroristische Herrschaft aufzurichten. Dieser Teil finde seine Stütze im Aargau.

Die Frage sei von europäischer Bedeutung. Wieder brachte Bluntschli seine Gedanken von der Schweiz als dem republikanischen Miniaturbild des monarchischen Europas zur Sprache. Gelinge es der Schweiz, die Fragen, die sich überall in Europa in ähnlicher Weise zeigten, auf friedlichem, wahrhaft liberalem Wege zu lösen, so wäre damit ein beachtenswertes Vorbild für Europa gegeben. Sollte es aber zum Bürger- und Religionskrieg kommen, so gebe das ein böses Beispiel mit weit über die Schweiz hinausreichenden Folgen.

39 Redner nahmen daraufhin an der Diskussion teil, 21 Konservative und 18 Radikale. Bluntschli schloß am 2. Tage die Verhandlungen mit den Worten: « Ich fürchte den Krieg nicht als solchen, sondern weil er ungerecht, weil er bundeswidrig und weil er verderblich ist. Und so stimme ich zum Frieden. »

Die Ablehnung des regierungsrätlichen Antrags mit 103 gegen 95 Stimmen bedeutete — darüber war sich Bluntschli ganz klar — das Todesurteil für die konservative Regierung, auch wenn bis zu seinem Rücktritt noch zwei Monate verstrichen. Es siegte der Antrag Zehnder auf Wegweisung der Jesuiten aus allen Kantonen. Sicherlich wurde von diesem radikalen Sieg die Waadt beeinflußt, wo am 12. Februar die konservative Regierung der radikalen Drueys weichen mußte.

Leider ist uns ein Brief Bluntschlis über den Verlauf des Großen Rates nicht erhalten, weil Rohmer ihn an Graf Senfft sandte, der ihn auch Abel vorlegte [224]. Am 12. Februar schrieb Bluntschli an Rohmer:

Die Revolution schreitet siegend vorwärts. Ich zweifle, daß Waadt

---

[224] Tagebuch Rohmers in R.-A. Abel an König Ludwig I. 16. Februar 1845. G.-H.-A., Nachl. Ludwigs I.

halten wird. Dann bleiben noch Genf, Graubünden und St. Gallen. Aber Genf ist leicht zu überrumpeln, wenn erst Waadt gefallen ist...

In der nächsten Großratssitzung muß ich abtreten. Die ganze Regierung wird dann entschieden radikal werden, ohne Mischung...

Alles weist darauf hin, daß die Revolution in der Schweiz für einige Jahre freien Spielraum gewinnen werde und müsse. An einen Widerstand ist dann nicht zu denken, die Bildung einer konservativen Partei ist noch zu neu, zu künstlich. Die Elemente derselben viel zu schwach, als daß sie imstande wäre, offenen Kampf fortzusetzen. Es ist Samen ausgestreut, weiter nicht viel, ein Vorbild für eine spätere Zukunft. Ihre Glieder müssen selber stehen und gehen lernen und dadurch erstarken. Und die radikale Herrschaft muß das Volk erst noch drücken, bis es um jeden Preis anstatt einer anarchischen Despotie einen Staat begehrt. Das kann aber Jahre dauern, deshalb länger, weil inzwischen die deutsche Revolution auch kommen wird....

Mein letztes Schreiben hatte noch etwas von dem Eindruck des geistigen Sieges in der letzten Großratssitzung. Dieses ist die Folge einer nüchtern berechnenden Erwägung der inneren Zustände. Ich komme wieder, wie Sie sehen, auf mein altes Thema: eine Revolution kann entweder geleitet oder bezwungen werden, nicht aber gehemmt werden. Da jenes nicht möglich ist gegenwärtig, muß ich resignieren für längere Zeit, in der Schweiz irgend eine politische Rolle zu spielen.

Wenn der Krieg kommt, so hoffe ich, werden die Bergländer den alten Ruhm erneuern, aber es bangt mir doch für sie...[225].

Am 16. Februar spricht Bluntschli von «Ostrazismus, den er wider sich selber wenden» müsse[226]. Von da an nahm Bluntschlis Absicht, die Schweiz zu verlassen — zur Zeit seiner konservativen Opposition in den dreißiger Jahren schon einmal gehegt —, immer mehr an Stärke zu, bis sie sich zu seiner wirklichen Übersiedlung nach München im Jahre 1848 verdichtete.

Ein indirekter Erfolg seiner Politik, bezw. der konservativen Regierungszeit überhaupt zeigte sich bald. Zürich blieb in der gemäßigten Bahn des sogen. Legalradikalismus, der Wechsel der Regierung ging ohne Erschütterung vor sich. Ein Symptom für die zuletzt doch und sicher nicht ohne das Verdienst Bluntschlis erfolgte Annäherung der Parteien war die Behandlung des Truppenaufgebotes durch den Regierungsrat vom 17. Februar, das auf Einladung des Vororts wegen bedrohlicher Nachrichten

[225] R.-A.

[226] R.-A. Brief an Fr. Rohmer.

aus dem Aargau und aus Luzern erfolgte. Auf den 19. Februar wurde der Große Rat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen und die Regierung verlangte Vollmacht und Kredit für ihre Maßnahmen zum Schutze der Tagsatzung und der öffentlichen Ordnung[227]. Die Gegenpartei wollte aber von unbedingter Vollmacht nichts wissen und verlangte, bei solchen Truppenaufgeboten müsse der Große Rat gleichzeitig einberufen werden. Die Mißbilligung der schon getroffenen Maßregeln hätte die Regierung zum Rücktritt gezwungen. Professor Joh. Jacob Hottinger schrieb deshalb auch in der « Augsburger Allgemeinen Zeitung » von einer Krise[228], die aber durch die Niedersetzung einer Kommission überwunden worden sei. Die Kommission beschloß im Sinne der Radikalen, aber unter Hinzufügung, daß sie die getroffenen Maßregeln durchaus billige und in vorörtlichen Angelegenheiten die Leitung mit Vertrauen der Regierung überlasse. Der Kommissionalantrag wurde ohne Widerspruch angenommen.

Staatsschreiber Hottinger schrieb am 24. Februar an Th. Rohmer, die Kommission sei ursprünglich stark gegen den Regierungsrat eingenommen gewesen, dann aber sei eine Frontveränderung erfolgt, zu der er glaube, durch Einwirkung auf J. J. Rüttimann etwas beigetragen zu haben[229].

Jede nicht eingetretene Niederlage mußte jetzt von den Konservativen schon als Erfolg gewertet werden.

Am 24. Februar trat die außerordentliche Tagsatzung in Zürich zusammen. In der Jesuitenfrage gelang es nicht, zu einem Beschluß zu kommen, hingegen faßte die Tagsatzung am 20. März noch einen Beschluß gegen die Freischaren, worauf sie sich vertagte. Wirkliche Maßregeln wurden nicht getroffen und so kam es denn am 31. März und 1. April zum zweiten Freischarenzug gegen Luzern, der aber fast noch kläglicher scheiterte als der erste.

---

[227] Gr.-R.-Pr. Nr. 15.

[228] Nr. 55, 24. Februar 1845. « Zürich, 21. Februar ». Die Dreikreuzkorrespondenzen in dieser Zeit stammen von Prof. Hottinger, die Einkreuzkorrespondenzen von Gonzenbach.

[229] N. Tr.

Wie die Niederlage Bluntschlis bei der Bürgermeisterwahl zum Teil als Folge des ersten Freischarenzugs anzusehen ist, so wirkte der zweite Zug nun hin auf seinen Rücktritt aus der Regierung überhaupt. Am 1. April wurde der Große Rat von Zürich eröffnet[230]. Bluntschli sprach seinen Abscheu gegenüber dem Freischarenzug in scharfen Worten aus. Die Schweiz werde dadurch der Gefahr fremder Intervention ausgesetzt. Er würde allerdings die Gefahr einer radikalen Diktatur immer noch einer gewaltsamen Intervention des Auslandes vorziehen. Die Schweiz werde sich gegenüber beiden Gefahren nur helfen können, wenn man die Kraft der Obrigkeit wieder stärke. Geschehe dies in Zürich nicht, so trete er zurück. Es könnten sich jedoch die Parteien die Hand reichen, denn beide seien ja Gegner der Anarchie, beide auch mit Luzerns Politik nicht einverstanden.

Auch dieser allerletzte Versuch Bluntschlis, die Einigung herbeizuführen und dadurch das Heft in der Hand zu behalten, wenn auch nur als Mitglied einer halb liberalen, halb konservativen Regierung, wurde zurückgewiesen. Eine Kommission, aus vorwiegend liberalen Großräten gewählt, behandelte die Frage des neuerlichen Truppenaufgebotes durch den Vorort, wieder offenbarte sich starkes Mißtrauen gegen den Regierungsrat und nur die Nachricht von der Niederlage der Freischaren brachte eine scheinbare Einigung, da nun auch die Radikalen für Entwaffnung der Freischaren stimmten, währed sie vorher Intervention des Vororts in Luzern gewünscht hatten.

Vor allem aber zeigten die vier Erneuerungswahlen in den Regierungsrat, die durchwegs liberal-radikal ausfielen, daß die im Besitz der Majorität befindliche Partei nicht gewillt war, die Verantwortung und die Leitung der Regierung weiterhin mit den Konservativen zu teilen. Bluntschli selbst fiel zwar nicht in die Erneuerungswahl. Da er sich aber nun auch im Regierungsrat mit vier konservativen Freunden in der Minderheit befand, erklärte er seinen Rücktritt. Ihm schloß sich nach einigem Zögern auch der Bundespräsident Mousson an. An

---

[230] Gr.-R.-Pr. Nr. 16—19.

Moussons Stelle wurde Dr. Furrer[231] gewählt, der allerdings mit großem Widerstreben annahm, zuletzt sogar von Bluntschli selbst an die moralische Pflicht gemahnt wurde, als bisheriger Führer der Opposition nunmehr das Ruder zu ergreifen. Das Rücktrittsgesuch Bluntschlis wurde im Großen Rat von Muralt mit Worten der größten Anerkennung für seine Einsicht und Kapazität außerordentlich bedauert. Er beantragte Genehmigung der Entlassung unter Verdankung der vielen von Bluntschli geleisteten Dienste. Dies geschah einstimmig.

Am nächsten Tage erklärte Bluntschli bei der Instruktionsberatung zur wieder einberufenen Tagsatzung, die konservative Partei werde die Regierung in allen kritischen Fragen möglichst unterstützen und die Opposition nicht in leidenschaftlicher Weise handhaben. Sie werde es nicht so machen, wie es ihr geschehen sei. Niemand sei wohl schändlicher mißhandelt worden als er selbst. Er wies auf die Möglichkeit hin, daß sich die Regierung einer ganz anderen Opposition gegenüber sehen könne. Damit meinte er die extrem-radikale Richtung und hoffte demnach im Stillen, daß die Legal-liberalen einmal die Hilfe der Konservativen benötigen könnten gegenüber den Ultras, deren Bedeutung aber in Zürich sehr gering blieb.

Nach diesem wichtigen Abschnitt in seiner politischen Tätigkeit fühlte Bluntschli das Bedürfnis, sich wieder einmal mit Rohmer zu besprechen und gewisse Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Er traf sich mit Th. Rohmer in Teuffen und kam mit ihm am 12. April in München an.

Dort hatte er auch mehrere Unterredungen mit Graf Senfft, besuchte Minister Abel und wurde am 16. April mit den Brüdern Rohmer und den bedeutendsten ultramontanen Führern wie Ringseis[232], Höfler[233], Philipps[234] und anderen zu einem Diner

[231] Über Furrer vgl. die (nicht sehr sorgfältig gearbeitete) Biographie von Alexander Isler. Winterthur 1907.

[232] Johann Nepomuk R., Mediziner, 1785—1880.

[233] Constantin Ritter v. H., Historiker, 1811—1897.

[234] George Ph., Staats- und Kirchenrechtslehrer, Germanist, 1814—1872.

bei Senfft eingeladen. Am 18. April reiste Bluntschli über Augsburg zurück.

Diese Tage in München wurden sehr bedeutungsvoll für Bluntschli. Rohmer war unter dem Eindruck der konfessionellen Streitigkeiten in Bayern schon seit einiger Zeit schärfer gegen den Ultramontanismus eingestellt und wirkte jedenfalls in dieser Richtung auf Bluntschli ein. Zudem empfing Bluntschli von den ultramontanen Führern einen sehr ungünstigen Eindruck, besonders mißfiel ihm der «rohe Übermut von Höfler in der Luzerner Sache»[235]. Über seinen Besuch in München machte Bluntschli längere Tagebuchaufzeichnungen. Mit Senfft sprach er über den Jesuitenorden, über Luzern und Siegwarts verderbliche Politik. Sie stehe ganz im Gegensatz zur liberal-konservativen Politik, die Urkantone zu heben und zu stärken, aber zu sichern, nicht zu mißbrauchen; die Politik Siegwarts sei unredlich und gefährlich für die innere Schweiz. Am 17. April schrieb Bluntschli an seine Frau, er habe mit Senfft auch gegen die Absicht Schleunigers, eine politische Trennung Aargaus herbeizuführen, gesprochen. In konfessionellen Dingen wäre er gerne dafür, in politischen nie. Der Brief fährt fort:

Senfft: Weshalb denn, es ist ja gut, wenn die Tagsatzung nicht zentral verfahren kann. Ich: ich halte das System der Schwäche der Bundesgewalt für ein falsches und ein gefährliches, so wenig ich ein Freund der Einheit bin. Senfft: Wir haben nichts gegen die Unbeweglichkeit der Tagsatzung. Indes mögen Sie in gewissen Beziehungen Recht haben[236].

Am 17. stellte Rohmer Bluntschli auch dem bayerischen Minister des Äußeren, Gise[237], vor. Bluntschli bemerkt darüber:

Ich wieder gegen die Siegwart'sche Politik und für die Urkantone. Was ist nötig? Ich: Anerkennung des liberal-konservativen Prinzips.

Beim Gespräch im Salon Senffts nach dem Diner sprach sich Bluntschli stark gegen jede Abhängigkeit der Schweiz von

---

[235] Höfler sagte bei dem Diner, daß man in Luzern gegen die Freischärler Prügel anwenden sollte. Rohmer bemerkte darauf: «In diesem Fall wäre Luzern am andern Tag verloren», und Höfler antwortete: «Das hat man schon oft gesagt». (Bl.s Tagebuch. Bl.-A.)

[236] Bl.-A.

[237] Friedrich August Freiherr v. G., 1783—1860.

Deutschland, selbst von einem neuen großen Deutschland und für die europäische Bedeutung der Schweiz aus. Er bemerkt:

Nachher bei F. endlich definitive Beschlüsse. Prachtvolle Stimmung. Vollgefühl der geistigen und moralischen Kraft.

Damals faßten Bluntschli und Rohmer also den Entschluß, offen und scharf gegen den Ultramontanismus aufzutreten. Man kann immer wieder beobachten, wie ihre Kampfnaturen durch die herrschende Richtung ihrer Umgebung jeweils zum Widerspruch gereizt und aufgerufen werden. Und da Bluntschli nunmehr unbehindert von Rücksichten auf die amtliche Stellung war, konnte diesmal die « Frontveränderung » auch wirklich stattfinden im Gegensatz zu den früheren bloßen Anläufen. Es war eben so, wie er es seinen immerhin noch bedenklichen Zürcher Freunden darstellte, sie brauchten nicht mehr zu fürchten, zwischen zwei Stühle zu geraten, da sie sowieso nicht mehr saßen, sondern frei umher gingen [238]. Daß natürlich der Einfluß der kleinen, zwischen den Parteien stehenden Gruppe nun noch verschwindender war als früher, darüber gab sich Bluntschli wohl keiner Täuschung hin.

Der Frontwechsel zeigte sich bald in drei Artikeln Bluntschlis in der « Eidgenössischen Zeitung »: « Die Urkantone und die ultramontane Partei » [239]. Im Keim enthalten die Artikel manchen Gedanken der 1845 entstehenden Rohmer'schen Schrift « Meinungsäußerung eines Konservativen gegen den Ultramontanismus in Bayern » [240].

Daß Siegwart-Müller über die Schwenkung der Liberal-Konservativen sich stark erboste, klingt in seinem Rechtfertigungsbuch deutlich nach [241]. Besonders scheint ihn geärgert zu haben, daß Rohmer und Bluntschli in München versuchten, einen Keil zwischen Luzern und die Urkantone zu treiben. Er

---

[238] D. I., S. 380.

[239] Nr. 114—116, 25.—27. April 1845. Auszugsweise auch in D. I, S. 381—85 und Dok. Abr., S. 267—269.

[240] Als Manuskript gedruckt. München 1846. 96 S. Erschienen Stuttgart 1847 als I. Teil der « Materialien zur Geschichte der neuesten Politik ». 128 S.

[241] Der Sieg der Gewalt über das Recht in der schweizerischen Eidgenossenschaft. Altdorf 1866. III. Bd., S. 351 ff.

habe dem durch seinen Briefwechsel mit vertrauten Freunden in München entgegengearbeitet. Gegenüber dem durch örtliche Anwesenheit erleichterten Wirken Rohmers sei dies allerdings nicht ganz einfach gewesen. Besonders nach dem Sturze Abels hätten die Ratschläge Bluntschlis und Rohmers Eingang finden können. Faktisch war dies jedoch kaum in nennenswertem, jedenfalls nicht genau festzustellendem Maße der Fall[242].

Vom Frühjahr 1845 an lassen sich in Bluntschlis politischer Tätigkeit und in seiner Einstellung gegenüber den schweizerischen Vorgängen keine wechselnden Phasen mehr unterscheiden, so sehr er und seine Freunde gefühlsmäßig zwischen düsterstem Pessimismus und wieder aufflackernder Hoffnung hin- und herschwanken mochten. Der im Ganzen gleichbleibende Standpunkt Bluntschlis zu den eidgenössischen Fragen ist für diese Zeit dahin zu charakterisieren, daß er sich noch stärker als bisher zwischen den Parteien hielt. Hatte ihm bisher doch das juristische Recht der katholischen Kantone sowohl in der Aargauer- wie in der Jesuitenfrage sehr zu schaffen gemacht, so wog er nunmehr das moralische Unrecht der Siegwart'schen Politik dem Unrecht der Klosteraufhebung gleich[243] und als der Sonderbund ans Licht kam, da hob sich ihm auch das Unrecht der Freischaren gegen das Unrecht des Sonderbündnisses auf.

Im Wesentlichen doch zu politischer Inaktivität verurteilt, beschäftigte sich Bluntschli von jetzt an stärker mit historischen und juristischen Arbeiten, während die Brüder Rohmer — auch durch Bluntschli dazu gemahnt — sich immer mehr der deutschen bezw. bayrischen Politik zuwandten.

In der Pressearbeit, fast dem einzigen, dem Kreise noch zur Verfügung stehenden Mittel, sich zur Geltung zu bringen, war auch weiterhin das Wichtigste die Redaktion und Mitarbeit an

---

[242] Siegwart witterte überall, in Wien, Rom, München in wohl durchaus irriger Weise starken freimaurerischen Einfluß Bluntschlis.

[243] Er bemerkte im Tagebuch am 13. April 1845: « Unser Fehler, daß wir die Klosterfrage nach dem Besuch von Fr. in Z. [also Mai 1844] nicht haben fallen lassen ». Auch Rohmer änderte hierin seine Ansichten. Er schrieb Bluntschli am 22. Oktober 1845: « Die Sache hat allen rechtlichen Standpunkt über dem politischen eingebüßt ». (R.-A.)

der « Eidgenössischen Zeitung » und an der « Wochenzeitung ». In Deutschland nahmen nur kleinere Blätter Artikel aus dem Kreise auf, so z. B. die « Münchner Politische Zeitung », von 1846 an die « Augsburger Abendzeitung ». Ende 1846 begründete der eifrige Rohmerianer Dr. Gustav Widenmann in Stuttgart das « Deutsche Wochenblatt », das sich im September 1847 in die tägliche « Süddeutsche Politische Zeitung » verwandelte. Bluntschli sandte 1847 Artikel an den « Rheinischen Beobachter » und auch zu dem offiziösen « Journal des Débats » ergaben sich einmal Beziehungen. Das alles wog aber die auch weiterhin ablehnende Haltung der « Augsburger Allgemeinen Zeitung » nicht auf.

Das Alleingängertum Bluntschlis trat immer mehr in Erscheinung. Lag es schon etwas in seiner Natur, so wurde es durch Rohmer sicher noch verstärkt. Wenn man bedenkt, daß die Politik mancher Zürcher Konservativer, die Anschauungen etwa Muralts und Professor Hottingers von Bluntschli als schwächliches « Juste Milieu » ebenso mißbilligt wurden wie die schroffe stockkonservative der Leute vom Schlage Nüschelers [244], so fragt man sich doch: wo waren eigentlich die Freunde Bluntschlis in der Schweiz? Im Verhältnis zu seiner ausgedehnten Korrespondenz stand er doch mit seinen Ansichten sehr allein. Aber auch die persönlich engen Freundschaften sind recht spärlich gesät. Vielleicht hatte dies seinen Grund in einem gewissen Hochmut, der nicht immer von akademischem Dünkel ganz frei war, und in einer manche verletzenden Formlosigkeit. Auch über sein häufig trockenes Wesen wird hin und wieder geklagt. Hottinger schrieb am 16. März 1845 an Th. Rohmer über Bluntschlis Gereiztheit, durch die er sich mit Spöndli verfeindet habe, mit Mousson nicht gut stehe. Muralt habe sich mit Tränen darüber beklagt, daß Bluntschli ihm wieder « Unsinn » vorgeworfen habe. Als Beispiel für Bluntschlis Formlosigkeit führte Hottinger an:

---

[244] Über Nüscheler, sein Eintreten für die Jesuiten und gegen die Liberal-Konservativen vergl. seinen Brief an den österreichischen Gesandten Philippsberg vom 12. Mai 1846 in « A. Winkler, Polit. Schweizerbriefe aus der Sonderbundszeit ». Amaltheaalmanach, Zür.-Lpz.-Wien 1922, S. 28—33.

Als Wyllich[245] seine Kreditive mit einem allerdings pitoyabeln discours d'audience abgab, sagte der nur wenige Schritte von ihm stehende Bl. mit halblauter Stimme zu Ziegler: « Er isch en verfluechte Esel ». Glücklicherweise fühlt sich W. zu sehr als grand seigneur und ist zu eitel, um dieses Wort auf sich zu beziehen. Allein so macht es Bl. jeden Tag an diesem oder jenem Orte, in dieser oder jener Weise. In den Sitzungen reißt er halblaut Witze über seine Kollegen, im Café schnürt er die Leute sonst oft schnöde ab... Dieser Übermut, dieses Gehenlassen und Verwerfen aller konventionellen Formen hat Bl. Hunderte schon zu Todfeinden gemacht, es hat, wie ich überzeugt bin, am meisten zum Scheitern seiner Bürgermeisterwahl beigetragen...[246].

Ein konservativer französisch-schweizerischer Staatsmann äußerte sich zu Blösch:

Je ne sais, si M. Bluntschli est tout à fait la personne convenable. [Nämlich für die Leitung einer schweizerischen Mittelpartei.] Il a une certaine apreté dans son caractère et a excité tant de préventions contre lui, qu'il serait peut-être désirable, qu'il restât un peu a l'écart[247].

Dies alles muß man sich vor Augen halten, will man es ganz verstehen, daß die wohlgemeinten Vorschläge Bluntschlis so heftig von allen Seiten zurückgewiesen wurden.

Wie eine sturmumbrauste Klippe im Meer standen die paar Liberal-Konservativen im Kampf nach allen Seiten. Aber wer kann sagen, ob nicht diese Klippe vielleicht doch den Anprall der Wogen gegen das Ufer des Staates ein weniges in seiner Kraft geschwächt hat und ob somit ihr Selbstopfer für ihr Land ganz wertlos geblieben ist?

Wir verfolgen nun noch die Ereignisse und die Stellungnahme des Bluntschlikreises dazu in kurzem chronologischem Überblick von Sommer 1845 bis Ende 1847. In der Sitzung des Großen Rates vom 24.—26. Juni 1845 brachten Mousson und Gysi ein natürlich unterliegendes Pazifikationsprojekt zur Sprache, das Bluntschli unterstützte, obwohl es die Klosterfrage nicht

[245] Graf Wyllich-Lottum, der preußische Gesandte.

[246] N. Tr. Zu diesem Brief ist allerdings zu bemerken, daß Hottinger, der viel und gern mit Diplomaten verkehrte, sicher besonders empfindlich gegenüber Formverstößen war.

[247] Blösch, S. 208, Anm. 1.

mehr aufrollen wollte. Er unterschied dabei zwischen Pazifikation und Transaktion. Die Erstere verlange Aufgeben des Unrechtes auf allen Seiten und Reform des Bundes. Schon damals warnte er die katholischen Kantone vor einem Sonderbund, der einen unheilbaren Riß mit sich bringen würde. Er verteidigte sich auch gegen den Vorwurf, der ihm häufig gemacht wurde, warum er jetzt erst und nicht früher schon gegen den Ultramontanismus Stellung genommen habe. Seiner Ansicht nach hätte sich Zürich in ganz neutraler Stellung für die Zeit aufsparen sollen, in welcher der Schweiz Friede zu geben gewesen wäre. Auch jetzt sprach er noch die Ansicht aus, daß Pazifikation und Mediation möglich werden könnten, aber allerdings erst, wenn die Parteien sich noch mehr in die Haare geraten seien.

Wir werden dieser letzten Hoffnung Bluntschlis noch öfters begegnen, der Hoffnung, daß der Krieg, war er schon nicht zu verhindern, wenigstens länger dauern und daß dann endlich doch noch der Ruf nach dem Mediator ertönen werde. Auch da durchkreuzten sich also bei ihm pazifistische und persönlich ehrgeizige Wünsche.

Im Juli 1845 wurden die Zürcher Rohmerfreunde erschreckt durch die Nachricht Gonzenbachs, der ihnen mitteilte, daß Abel und Senfft ungünstig über Rohmer urteilten. Diese Affäre, die sich mit Artikeln Th. Rohmers gegen den Ultramontanismus verquickte, zu polizeilichen Erhebungen bei Rohmer und zu einem ungünstigen Bericht Abels an den König über Rohmer führte[248], berührt uns hier weiter nicht. Zu erwähnen ist sie immerhin, denn die sofortige Abschüttelung Rohmers von Seite der katholischen Staatsmänner nach seiner Frontveränderung drängte ihn natürlich noch stärker zu seinem öffentlichen Kampf gegen die Ultramontanen und wirkte zurück auf die Haltung seiner Zürcher Freunde. Die Brüder Rohmer stachelten Heinrich Schultheß, der ihnen hierin nur ungern folgte, immer und immer wieder zu schärferer Befehdung der luzernischen Politik an. Mit Graf Senfft blieb Rohmer noch in Beziehung, die aber von gegenseitigem Mißtrauen nicht mehr frei wurde.

[248] Akten in O. K. A.

Der Herbst 1845 ist gekennzeichnet durch verschiedene Versuche, eine schweizerische Versöhnungspartei zu schaffen, nachdem die Leidenschaften infolge der Ermordung Leus sich noch einmal zu voller Glut entflammt hatten. Schon im Frühjahr 1845 regte E. v. Müller bei Bluntschli mehrfach eine schweizerische liberal-konservative Konvention an und zählte die Männer auf, die in Bern vielleicht dafür in Betracht kämen, Amtsrichter Zeerleder[249], May-Escher[250], Dr. Itth[251], Altoberrichter Bitzius[252], Bloesch, Stettler[253]. Eine solche Konvention versprach allerdings nur dann wirklichen Erfolg, wenn es gelang, die gemäßigten Protestanten und Katholiken zusammenzuschließen. Die « Eidgenössische Zeitung » vom 12. Juni 1845[254] lobte Baumgartners Präsidialrede bei Eröffnung des katholischen Großratkollegiums in St. Gallen, weil sie beweise, daß nicht alle Katholiken Ultramontane seien. Daß Baumgartner in erster Linie zu gewinnen war, erkannte auch Fr. Rohmer wohl. Durch seinen Bruder ließ er Bluntschli am 19. Juli seine Ansicht mitteilen, man müsse um jeden Preis mit den St. Galler Katholiken eine Verbindung anzustreben suchen[255]. Anfang September schien sich eine Aussicht zur Verwirklichung dieser Anregung zu bieten. Th. Rohmer und H. Schultheß trafen sich in Lindau oder Kempten und Theodor berichtete Friedrich nach Kissingen über diese Unterredung am 5. September:

Die politische Hauptsache ist folgende: am 23. Sept. ist in Zürich die Versammlung des schweizerischen Geschichtsvereins. Dieser Verein zählt an sich schon die hervorragenden Anhänger der liberal-konservativen Partei größtenteils zu seinen Mitgliedern, alle anderen sollen dazu kommen und unter der harmlosen Form des historischen Vereins soll eine Vereinigung der Liberal-Konservativen aus allen Kantonen gebildet werden, welche sodann mit einem förmlichen Manifest hervortreten würde, darlegend die Mittel und Maßregeln, zu denen sie zur Vermittlung der Schweiz überein-

---

249 Karl v. Z., 1780—1851.

250 Albert Friedrich M., Großrat, 1773—1853.

251 Vermutlich Dr. Johann Rudolf Friedrich I., Professor der Medizin, 1794—1861.

252 Karl Friedrich B., 1801—1867.

253 An Bluntschli, 26. März [1845]. Bl.-A.

254 Nr. 160.

255 R.-A.

gekommen sind. Der Mann, der dabei vor allem zu gewinnen ist, ist Baumgartner, der in St. Gallen wieder als Führer der katholischen Partei eine große kantonale Stellung hat — wie Du dies vor acht Wochen schon gesagt hast. Nachdem ich nun Sch. Deine (wenigstens bestmöglichst vermutete), er mir Bl.s Ansichten mitgeteilt, haben wir — aber nicht als formelle Arbeit, sondern als Anhalt für mündliche Besprechung mit Bl. — die Gesichtspunkte zusammengestellt, unter denen eine für Protestanten und Katholiken gleich plausible Behandlung der schwierigen Frage zustande gebracht werden könnte. Diese Aufzeichnung liegt bei[256].

Es handelt sich in dieser Sache um nichts weniger als um eine glänzende und schweizerische Wiederaufnahme der in Zürich gescheiterten Vermittlung der Schweiz. Viele Elemente sind da, die Genfer haben bei der Tagsatzung schon förmlich in diesem Sinne gehandelt, Vulliemin (und mittelbar Jaquet[257]) aus der Waadt sind durch meinen Brief vom Winter fast vorbereitet. Solothurn (das konservative) hält sich fast immer ans liberal-konservative Prinzip, Baumgartner ist durch das enorme Verdienst, das er sich erwerben kann (resp. durch seine Eitelkeit), wohl zu gewinnen, außerdem fallen die Redaktoren aller lib.-kons. oder halb lib.-kons. Blätter der Schweiz stark ins Gewicht.

Die größte Schwierigkeit wird darin bestehen, daß die verschiedenen Kantonaleifersüchteleien nur durch das klügste und gewinnendste Benehmen der Zürcher ausgeglichen werden können. Dazu braucht Bluntschli die viel besprochenen « Formen »; sehr viel ist gewonnen, wenn Mousson, der als gewesener Bundespräsident allein es kann, ohne die Eifersucht gegen Zürich zu erregen, sich an die Spitze schieben läßt.

Die beiliegende Niederschrift enthält zunächst die uns schon bekannte Stellungnahme des Kreises zu den schwebenden Fragen, hier übrigens wohl zum ersten Mal klar zusammengefaßt. Dann fährt sie fort:

Zu der Organisation der Mittelpartei werden nicht eingeladen:

1. die Kantone mit Jesuiten,
2. die Urkantone, weil sie nicht gegen Luzern auftreten können,
3. die protestantischen Kantone, welche bei der Klosteraufhebung beteiligt waren (Aargau und Bern).

Allen übrigen steht der Eintritt frei, förmlich eingeladen werden die Katholiken von St. Gallen, Aargau, Solothurn, Bern (Jura), Thurgau und Tessin.

Diese Assoziation muß mit einem förmlichen Eklat gegenüber dem Ausland gebildet werden. Denn dort glaubt man allgemein, daß die Schweiz von zwei Parteien zerrissen sei und daß keine Mittelpartei bestehe. Sie muß deshalb bestimmt abgegrenzt und sichtbar sich von der gemischten

---

[256] Brief in N. Tr., die Aufzeichnung in R.-A.

[257] Augustin J., 1802—1845.

«konservativen» Partei ausscheiden, damit auch das liberal-konservative Prinzip als das richtige sich manifestiere.

Über die weitere Entwicklung des Planes hören wir noch aus den Briefen:

H. Schultheß an Th. Rohmer:

Zürich, 13. November 1845.

Sie haben es ziemlich gut erraten. H.[ottinger] ist bereit. Dagegen wollte Bl. zuerst nicht recht an unseren Plan und hatte allerlei Bedenken. Allein, ich ließ nicht los und so kamen wir den letzten Sonntag (mit Mousson, Gysi und Hottinger) zusammen. Bl. trug die Sache als seinen Plan vor, M. hielt den Zeitpunkt nicht geeignet, aber am Ende kamen wir doch überein, vor allem aus sich mit St. Gallen und Bern zu verständigen zu suchen und dann, soferne dies gelingt, die Sache energisch zu betreiben. Daß es für die historische Gesellschaft (23. Sept.) zu spät sei, sah ich selber ein. Indes brachte eine andere Rücksicht alles plötzlich zum Stillstand. Künftigen Montag nämlich findet, von Baumgartner eingeladen, eine große Versammlung von Katholiken aus der ganzen Schweiz in Zug statt. Wohin es zielt, wissen wir nicht, nur daß, wenn erst sie sich verständigt, auch konservative Protestanten beigezogen werden sollen. Natürlich ist jetzt mit allem zu warten, bis wir wissen, was da für ein Geist geweht hat und was ausgemacht worden ist. Ich für mich habe wenig Hoffnung, ohne Zweifel herrscht daselbst ein rein legitimistischer Standpunkt und auf diesen werden wir nicht eintreten [258].

H. Schultheß an Theodor Rohmer:

20. September 1845.

Baumgartner ist uns also zuvorgekommen. Mit dem früheren Plan war es daher aus. Die Stimmung in Zug sei sehr friedlich gewesen. Von einem Aufgeben der Jesuiten freilich weit entfernt. Beschlüsse: 1. Konfessionelle Unabhängigkeit, 2. Festhalten am Bund. Einladung an Zürich, eine größere Versammlung von Katholiken und Protestanten zu versammeln. Komitee nicht nach Luzern, sondern nach St. Gallen.

Nun beschlossen wir: 1. Versammlung von bloß Protestanten auf den 25. Sept., 2. sofort die Initiative zu ergreifen.

Nämlich: das Wahre wäre, wie wir übereingekommen, Klöster und Jesuiten [259]. Allein der Stier, den man nicht bei den Hörnern fassen kann, wird gebändigt, sobald man ihn beim Schwanz packt. Daher: Erklärung der Protestanten, Klöster und Jesuiten bis später ruhen zu lassen (s. Instruktionsantrag der lib.-kons. Partei von Zürich 1845). Dagegen nach Art

---

[258] N. Tr.

[259] Hierunter ist wohl zu verstehen: Anhandnahme der Kloster- und Jesuitenfrage.

der alten Religionsfrieden einen neuen durch einen Bundesbeschluß gegen das « Schmützen und Schmähen » der beiden Konfessionen anzubahnen. Dafür leicht 12 Stimmen. Es wäre nicht viel, aber doch etwas und wenn wir nur wenigstens einen Strohhalm haben, so wird sich weiteres finden. Zudem griffe der Beschluß ziemlich tief, namentlich in Bezug auf die Presse.

Ferner werden wir sofort zur Stiftung eines « Eidgen. Vereins » schreiten, d. h. solche Zusammenkünfte periodisch machen und den Katholiken den Beitritt vorschlagen [260].

Zu der Versammlung schweizerischer Protestanten in Zürich luden Bluntschli und Mousson ein [261]. Wieder aber waren die Berner Konservativen, besonders Bloesch, nicht für den Plan zu gewinnen [262]. E. v. Müller schrieb an Bluntschli, Bern, 9. September 1845, Bloesch sei sehr edel und tüchtig, habe aber zu wenig Ehrgeiz und Tatkraft, um auf die Dauer aktiver Parteichef sein zu können [263]. Er selbst nahm trotz dringender Einladung nicht teil; und er erklärte dies Bluntschli:

Bern, 23. September.

Zürnen Sie nicht über unsere wiederholten Abschläge, denn Sie kennen unseren Willen, kennen aber das hiesige Terrain nicht so wie wir, indes sehen Sie, daß sich hier die Sachen auch entwickeln und zwar im Ganzen, wie ich's vorausgesagt [264].

Er hoffte, auf naturgemäßem Wege doch noch mit Bluntschli zusammenzutreffen, meinte aber, Übereilung könnte sie um Jahre zurückschleudern.

Über die Teilnehmer und die Beratungen der Protestantenversammlung, die sich nach Angabe Tilliers in einen geheimnisvollen Schleier hüllte und deshalb den Verdacht der Radikalen auf reaktionäre Beschlüsse wachrief, erfahren wir auch aus den Nachlässen nichts weiter [265]. Wahrscheinlich bewegten sich die

---

[260] N. Tr.

[261] E. Blösch, Vor fünfzig Jahren (mit Beilage « Briefe schweizerischer Staatsmänner aus der Sonderbundszeit »), Pol. Jahrb. d. Schweiz. Eidg., XI, 1897, S. 29—180, teilt das Zirkular S. 150/1 mit.

[262] Bloesch, S. 208, und Blösch, Vor 50 Jahren, S. 151/3. Blösch lehnte die Teilnahme an der Konferenz wegen beruflicher Verhinderung ab, die ihm aber « nicht ganz unwillkommen gewesen zu sein » scheint. (Nach dem Brief von K. Bitzius an Blösch vom 31. Oktober 1845.)

[263] Bl.-A.

[264] Bl.-A.

[265] Tillier, II, S. 290. Bluntschli erwähnt sie in seinen D. überhaupt nicht.

Beratungen im Sinne des Briefes H. Schultheß' vom 20. September[266].

Große Wirkungen zeitigten beide Konferenzen nicht, wie Otto Schultheß Anfang Oktober an Th. Rohmer schrieb[267]. Bluntschli bemerkte am 4. Oktober:

Inzwischen arbeiten wir nun ganz ruhig und im Stillen vorwärts. Von diesem Sinn war auch die Besprechung in Zürich erfüllt, und etwas wird sie schon wirken, wenn auch sorgsam und ohne alles Aufsehen[268].

Daß sich die konservativen protestantischen Führer der Schweiz nicht einigen konnten und ebenso zwischen den katholischen Führern Baumgartner und Siegwart große Meinungsverschiedenheiten herrschten[269], dies war mit ein Hauptgrund für das Versagen der Konservativen in der Schweiz. Noch unmöglicher erwies es sich aber, die Gemäßigten beider Konfessionen unter einen Hut zu bringen. Bluntschli und Baumgartner verfolgten beide dieses Ziel, aber ihre eigenwilligen und hochstrebenden Persönlichkeiten erlaubten keinem die Unterordnung unter den andern. Jeder Teil wartete somit auf den Anschluß des andern und es kam nicht einmal zu ernsthaften Besprechungen.

Im Oktober verbrachte H. Schultheß einige Wochen in Luzern und suchte Verbindung vor allem mit B. Meyer. Er fand die absolutistische Tendenz in Luzern absolut nicht tief festgewurzelt. Die konservativen Jesuitengegner müßten sofort das Übergewicht erhalten, wenn der Druck von außen wegfiele[270].

Um die Jahreswende 1845 auf 1846 erfolgten wieder ein-

---

[266] Dies ist auch dem Brief Bl.s an Blösch vom 29. September 1845 zu entnehmen (Blösch, Vor fünfzig Jahren, a. a. O., S. 153/4). Ein Brief Blöschs an Bluntschli vom 4. November 1845 (ebenda, S. 155—159) gibt als Hauptgrund für die Nichtteilnahme der Berner an, daß sich das Mißtrauen der Protestanten gegen die Zuger Konferenz auch auf die zürcherische übertragen habe. Er meinte überhaupt, der Boden müsse zuerst in den einzelnen Kantonen besser vorbereitet sein.

[267] Undat. N. Tr.

[268] R.-A.

[269] Vergl. hiezu A. Baumgartner, S. 241 ff.

[270] Zwei Briefe vom 31. Oktober und 1. November an Th. Rohmer. N. Tr.

mal zwei Angriffe des Bluntschlikreises auf den extremen Radikalismus. Hottinger schrieb unter dem Titel « Die Geschichte des deutschen Radikalismus in der Schweiz » eine anonyme Einleitung zu der Übersetzung des Polizeiberichts « Rapport Général, adressé au Conseil d'Etat de Neufchatel sur la Propagande Secrète Allemande et sur les Clubs de la Jeune Allemagne en Suisse »[271]. Hottinger schilderte den Einfluß der deutschen Radikalen, besonders den der Junghegelianer und der mit ihnen zusammenhängenden Kommunisten, wies auch auf Rohmer als den geistigen Besieger des Radikalismus hin.

Bluntschli polemisierte in der Eröffnungsrede zum Großen Rat vom 15.—17. Dezember 1845 gegen die radikale waadtländische Regierung wegen der Unterdrückung der Kirche[272]. Er verglich mit der römischen Christenverfolgung und der jakobinischen Schreckenszeit. Die Regierung der Waadt reklamierte in Zürich und beharrte auf ihrer Beschwerde auch nach der halb ablehnenden, halb dilatorischen Antwort des Regierungsrates von Zürich. Die Reklamation kam somit im nächsten Großen Rat vom 24.—26. März zur Sprache. Bluntschli ließ seine Verteidigungsrede auch als Broschüre erscheinen[273]. Der Große Rat einigte sich auf einen Antrag Zehnder, der Bluntschlis Votum als Privatansicht bezeichnete und damit die Reklamation zurückwies, nachdem allerdings Bluntschli erklärt hatte, eine Beleidigung der waadtländischen Regierung sei ihm ferngelegen[274].

Bluntschli bezeichnet den Ausgang dieses Großrates als Sieg, der durch heitere Bilder künstlerisch gefeiert worden sei[275]. Man war eben recht bescheiden geworden.

Für die im wesentlichen düstere Stimmung, mit welcher Bluntschli ins Jahr 1846 eingetreten war, ist ein Brief vom 4. Januar 1846 an Fr. Rohmer bezeichnend. Nach einem Rück-

---

[271] Neufchatel 1845. 64 S. Übersetzung mit der Einleitung Hottingers erschien in der Eidg. Monatsschrift, die dem Bluntschlikreise nahestand, 4. und 5. Heft 1845 und als Broschüre Zürich 1846. 84 S.

[272] Gr.-R.-Pr. Nr. 38.

[273] Zürich 1846.

[274] Gr.-R.-Pr. 1846, Nr. 8.

[275] Bl. D. I, S. 389.

blick auf die vier Jahre der Bekanntschaft mit Rohmer, deren reiches inneres Leben ihm für alle äußeren Niederlagen Ersatz biete und ihn aufrechterhalte, nach dem Ausdruck seines tiefen Dankes dafür fährt er fort:

Wenn nicht große Dinge, die in Deutschland geschehen, den Lahmen Kraft und den Blinden Licht geben, so gehen wir in der Schweiz einem traurigen Jahre entgegen. Die katholische Schweiz zwar wird verschont bleiben; aber kann weder der Schweiz den Frieden geben noch sich selber vor Verkümmerung wahren. Ihre Fehler sind erst zu heilen, wenn in der protestantischen Schweiz eine liberal-konservative Partei Macht besitzt; dann leicht, ohne das nimmermehr. Der Absolutismus fügt sich in unsern Tagen realer Macht leicht, dem Geiste allein nicht. Die protestantische Schweiz aber wird, ohne jene Voraussetzung, dem Radikalismus noch mehr verfallen. Bern ist von der Jugend untergraben und zum Falle reif. Zürichs Maiwahlen werden einen bedeutend radikaleren Großen Rat bringen als der jetzige ist. Die Demoralisation ist in die Massen und durch die Schulen in den Geist der Jugend eingedrungen. Und in einer Demokratie ist, wenn die Auflösung der gesunden Volksbegriffe und die Verwirrung überhand genommen haben, auf gewöhnlichem Wege keine Rettung möglich ... [276].

Äußerlich verlief das Jahr 1846 ruhiger als 1845; im Innern bereitete man sich um so mehr für den Kampf vor. Die entscheidendsten Ereignisse waren die Enthüllung des 1845 geschlossenen Sonderbundes und der Fall der konservativen Regierung von Genf.

Wie es Bluntschli vorausgesehen, wurden die Züricher Konservativen und Liberal-Konservativen in den Maiwahlen gänzlich in die Verteidigung zurückgedrängt. Es standen von jetzt an nur mehr 35 Konservative einer erdrückenden Mehrheit von 169 Radikalen gegenüber. Die nächste Folge dieser doch über Erwarten großen Niederlage war das Eingehen der « Wochenzeitung ».

Wenn Bluntschli nach den Wahlen am 6. Mai an Rohmer schrieb:

Es ist somit für uns die Zeit des Schweigens gekommen, wie für Sie die des Sprechens in Deutschland [277],

---

[276] R.-A.
[277] R.-A.

so fühlte er sich nach dem Bekanntwerden des Sonderbundes doch genötigt, aus der passiven Rolle herauszutreten und noch einmal prinzipiell seinen Standpunkt darzulegen. Dies geschah durch seinen umfangreichen Antrag im Großen Rat vom 23.—25. Juni 1846 zur Instruktion der Tagsatzungsgesandten[278]. Die Verlesung des Antrags stieß auf Schwierigkeiten. A. Escher besonders wandte sich dagegen; doch konnte Bluntschli seine Motion vortragen, die aber dann nicht als Antrag angenommen wurde und überhaupt nur theoretische Bedeutung hatte[279]. Sie faßte seine uns bekannte, Recht und Unrecht gleichmäßig auf beide Seiten verteilende Stellungnahme klar und übersichtlich zusammen.

Der Große Rat instruierte seine Gesandten demgegenüber dahin, auf Entfernung der Jesuiten zu dringen und, während der Regierungsrat zunächst nur Eröffnung der Sonderbundskantone über das Bündnis verlangen wollte, drang ein radikaler Zusatzantrag A. Eschers durch, die Gesandten sollten zu einer Einladung oder Aufforderung den Sonderbund aufzulösen stimmen.

Bluntschli gab seinen Eindruck von dieser Großratssitzung in einem Brief an Rohmer vom 28. Juni wieder:

... Der letzte Große Rat ... war mir sehr merkwürdig; der furchtbaren Heftigkeit wegen, mit welcher die Führer der enormen Mehrheit gegen uns aufgetreten sind. Ich blieb während aller der Explosionen gegen mich durchaus ruhig. Desto schärfer konnte ich die Stimmung beachten. Der Angriff Alf. Eschers war so frech und so leidenschaftlich, daß ich ihm die entschiedene Neigung zutraue, in einem kritischen Moment à la Göldli gegen Waldmann zu handeln und in einem solchen Moment würden ihm die Massen zu Gebote stehen. Seit 1830 gab es nie einen Großen Rat, der an roher absolutistisch-radikaler Leidenschaft diesem zu vergleichen ist.

Die letzten Erfahrungen haben mich in der Überzeugung, die sich auf eine Reihe von Erlebnissen stützt, bestärkt; daß für die nächsten Jahre an ein Aufkommen einer lib.-kons. Politik in der Schweiz nicht zu denken ist. Genf allein unter den Ständen steht ihr zu mit vollem Bewußtsein. Und in Zürich hat sie einen festen Kern, der aber durch die Verhältnisse genötigt ist, eine ruhige Stellung außerhalb der kämpfenden Hauptparteien einzunehmen.

---

[278] Im Wortlaut Bl. D. I, S. 412—420. Dok. Abr., S. 271—276.
[279] Gr.-R.-Pr. Nr. 14—24. Gagliardi, A. Escher, S. 79, Anm. 1.

Der erste Akt in der Schweiz ist vorbei; die Szene des zweiten Aktes ist Deutschland...[280].

Eine der letzten Hoffnungen der Konservativen brach im Oktober 1846 zusammen mit dem Fall der konservativen Regierung von Genf, der somit den liberalen Kantonen nur mehr eine Stimme gegen Jesuiten und Sonderbund zu gewinnen übrig ließ. Das Auf und Nieder der damaligen Politik spiegelt sich gut wieder in einem Brief Otto Schultheß' an Fr. Rohmer vom 9.—11. November:

... Der Zustand ist wirklich unerträglich; unsere schweizerische Revolution schleicht gräßlich! Wenn ich Ihnen das nur so recht lebhaft schildern könnte! Vor 14 Tagen noch war alle Aussicht vorhanden, daß die Revolution noch vor Neujahr auch äußerlich zum Siege gelangen werde, jedermann erwartete binnen wenig Wochen eine außerordentliche Tagsatzung, die mit 12 Stimmen den Sonderbund für bundeswidrig erklären und nötigenfalls bewaffnete Exekution beschließen würde; daneben: kommunistische Exzesse in Genf, legale oder illegale Revolution in Basel, Aufstand in Murten, Truppenaufgebot von Seite der Regierung von Freiburg zu dessen Unterdrückung, dann Intervention von Bern und im gleichen Augenblick Aufstand des ganzen Sonderbunds zum Schutze Freiburgs und damit — allgemeiner Bürgerkrieg, alles in Feuer und Flammen. Bluntschli entschlossen, die Schweiz zu verlassen, je eher, je lieber, schon hatte er den Paß, schon war der Tag der Abreise bestimmt, wir ebenso entschlossen, mit Neujahr die Zeitung eingehen zu lassen, schon sprach man vom Inhalt des letzten Artikels etc. Kurz, Auflösung überall!

Nun — 14 Tage später: nichts von alle dem! Von einer außerordentlichen Tagsatzung keine Spur; kein Mensch denkt mehr daran, in Genf eine Mäßigung über alles Erwarten, ... in Basel machen sie ganz ruhig eine neue Verfassung, in Murten haben sie, statt zu revolutionieren, ehrerbietigst ihre Wünsche und Begehren dem Gr. Rate eingereicht, die gegen die Schweizergrenze vorgerückten Truppen sind wieder abgereist, überall Ruhe und Frieden, ich bitte: wo sollte der Krieg nur herkommen? So sieht es in der Schweiz aus. Wenn wir einen Zentralpunkt und eine Börse hätten, so wäre jetzt eine herrliche Zeit für die Börsenspieler: die Course könnten von heute auf morgen um 5 % sinken, steigen und wieder sinken! 's ist eine heillose Zeit!...[281].

Die kleinen Explosionen in der Schweiz gingen aber weiter. Die im Januar 1847 dann doch vorfallenden, schnell unter-

---

[280] R.-A. Im folgenden spricht Bluntschli über seine Absicht, nach dem preußischen Rheinland auswandern zu wollen, am liebsten nach Bonn.

[281] N. Tr.

drückten Unruhen im protestantischen Murten, das sich gegen die katholische Freiburger Regierung auflehnte, veranlaßten Bluntschli zu folgender Betrachtung in einem Brief vom 11. Januar an Rohmer:

... Seit 1844 (Sommer) haben in der Schweiz alle Ereignisse ohne Ausnahme immer nur zur Verstärkung der Extreme ausgeschlagen. So auch die neueste Freyburger Revolution, ganz im Gegensatze zu den Erwartungen, die man ziemlich allgemein davon hegte. Diesmal ist der Sonderbund, der, wenn Murten nur ein wenig Widerstand geleistet hätte, moralisch gebrochen worden wäre, neu befestigt worden und das ganze Volk der katholischen Schweiz mit frischem Mute und Kriegseifer erfüllt worden. In Uri und Unterwalden ist ein vollständiges Bauernregiment nun an der Tagesordnung. Es ist die Urkraft des Bergvolkes, die nun in den Fluß gekommen ist; aber es ist bedenklich, daß diese Kraft nun von Luzern und der Geistlichkeit dirigiert wird. Die Stimmung in den Urkantonen hat sich seit einem Jahr sehr verändert. Das Volk ist nun geradezu wütend auf die Radikalen und kirchlich fanatisiert. Es will von nichts hören als von gewaltsamem Schlagen. Alle Vermittlung haßt und verwirft es gegenwärtig als Perfidie und unzureichendes Palliativmittel. Zum Angriff ist es indessen noch nicht geneigt; die bekannte entschlossene Stimmung, sich auch der Tagsatzung gegenüber mit den Waffen zu verteidigen, kann bewirken, daß die Radikalen, deren Mut nicht groß ist und deren Fanatismus eben so in der Abnahme begriffen ist, als der der innern Schweiz in der Zunahme, auch ihrerseits keinen Angriff wagen. Würden sie es aber wagen, so würden sie wahrscheinlich geschlagen. Denn die innere Schweiz (Luzern inbegriffen) ist nun viel kriegerischer gesinnt und sehr viel entschlossener als die äußere, großenteils revolutionierte Schweiz. Noch ist nicht klar, was auf diese das Freyburger Ereignis für einen Eindruck machen wird; ich zweifle, daß derselbe eben so für die Radikalen sein wird wie die Luzerner Freischarenniederlagen; denn damals waren die heftigeren Radikalen in Bern, Zürich u. s. w. in der Opposition und das Volk dachte sich: wären die am Ruder, so wäre das Unglück nicht begegnet. Nun sind sie selber in der Regierung und das Volk denkt: die machen's also noch schlimmer ...[282].

Die kriegerische Stärke des Sonderbundes wurde von Bluntschli aus Wunschvorstellungen heraus fast bis zuletzt weit überschätzt.

Mit dem Beginn des Jahres 1847 nahm Bluntschli wieder stärkeren Anteil an der Leitung der « Eidgenössischen Zeitung ». Er schrieb darüber am 5. Februar an Rohmer:

[282] R.-A.

... Sie werden bemerkt haben, daß die « Eidg. Zeitung » seit einiger Zeit das liberale Element mehr hervortreten läßt. Es hat das wohl hier und da eine Mißbilligung erfahren und auch in der innern Schweiz dem Absatz einigen Abbruch getan. Aber es hat diese ruhige Wendung auf der andern Seite auch neue Freunde gewonnen und die grimmige Wut bei einem Teil der gemäßigteren Radikalen gemildert. Seitdem in der protestantischen Schweiz die Revolution — immerhin im Osten in blasser Gestalt — gesiegt hat, wäre es eine Torheit, sie in derselben Art, wie zu der Zeit zu bekämpfen, als man noch hoffen durfte, erst die Revolution aufs Haupt zu schlagen und dann reformierend einzuschreiten. Nun bleibt, in Zürich wenigstens, nur übrig, aus dem Radikalismus heraus das Wachstum des Liberalismus zu fördern und durch konservative Stützen und Schranken dieses Wachstum zu unterstützen und das Unkraut zurückzuschneiden. Mit den Konservativen allein ist nichts Rechtes zu erlangen; dafür sind sie viel zu bequem und zu sehr mit alten Bedenklichkeiten und Vorurteilen angefüllt, zu stark mit absolutist. Beiwerk umrankt. Gehen wir so ruhig fort ohne alle scharfe Polemik, so wird die Autorität der « Eidg. Z. » in der Schweiz in wenig Jahren sehr gestiegen und eine neue Partei da sein. Der revolutionäre Nerv ist sehr bedeutend abgeschwächt. Ich fürchte keine Helvetik mehr ... [283].

Infolge der Übersiedlung der österreichischen, preußischen, russischen und bayrischen Gesandtschaft nach Zürich, die als Demonstration gegen das Berner « Freischarenregiment » Ochsenbeins, Stämpflis u. a. gerichtet war, hatten Bluntschli und Hottinger mehrfach Gelegenheit, mit den Diplomaten zu sprechen. Über akademische Erörterungen gingen diese Unterhaltungen aber nicht hinaus [284].

Hingegen schien sich Anfang Mai noch einmal eine Möglichkeit zu ergeben, in die Geschicke der Schweiz entscheidender einzugreifen, durch die Anwesenheit Otto Schultheß' in Rom, der — allerdings fast zufällig — in eine diplomatische Aufgabe hineinwuchs [285]. Seine Tätigkeit läßt sich in drei Phasen

---

[283] R.-A.

[284] Die Unterredungen mit Bois le Comte und mit Kaisersfeld nahm Bl. teilweise in seine D. auf, I, S. 420—426. Urteile der beiden Diplomaten über Bl. s. Stern, S. 495.

[285] Vgl. D. I, S. 436—442, ferner Pol. Jahrb. d. Schw. Eidg., 28, 1914, wo Oechsli S. 203—292 die Briefe Schultheß' und ein aus diesem Anlaß geschriebenes Memoire Bluntschlis veröffentlicht hat. Den Abschluß der Angelegenheit mußte er aber außer Acht lassen, da ihm das Material hiefür

zerlegen. Zuerst geriet er durch einen Kaplan der Schweizergarde als reiner Privatmann an verschiedene einflußreichere Persönlichkeiten, mit denen er über die schweizerische Politik sprach. Es waren dies Dr. Theiner, Präfekt des vatikanischen Archivs, Kardinal Castracane, Abbé Bonnechoze, Superior der Kongregation des Hl. Ludwig in Rom, Prinz Broglie, der französische Gesandtschaftssekretär, der liberale Politiker Marchese d'Azeglio, Abbé Gazola, Direktor der Zeitung «Contemporaneo», Kardinal Orioli und endlich der französische Gesandte Rossi. Sehr bald trat natürlich immer die Frage in den Vordergrund, ob der Papst vielleicht bewogen werden könnte, zur Erhaltung des Friedens in der Schweiz die Jesuiten abzuberufen. Vor allem waren es Theiner und Bonnechoze, die dies erhofften und den jungen Schweizer vorwärtstrieben. Wenn man bedachte, daß Frankreich durch Rossi mehrfach und erst vor kurzer Zeit beim Vatikan in derselben Richtung ohne Erfolg tätig gewesen war, so mußte allerdings das Unterfangen eines reinen Privatmannes sehr kühn und zudem ganz aussichtslos erscheinen. Aber man konnte immerhin hoffen, daß einem aus der Schweiz selbst gestellten Begehren der Papst eher Gehör schenken würde als einer Anregung des in seiner innern Politik antijesuitischen Frankreich. Und so drängte denn Bonnechoze stark darauf, Otto Schultheß solle sich mit seinen Schweizer Gesinnungsgenossen in Verbindung setzen und dann nach einiger Zeit seine Bemühungen wieder aufnehmen. Schultheß hatte am 3. Mai eine kurze Audienz bei Pius IX., bei welcher aber von politischen Dingen kaum gesprochen, die Jesuitenfrage überhaupt nicht angeschnitten wurde.

Otto Schultheß, der am 10. Mai nach Neapel verreiste, wagte es nicht, Bonnechoze Versprechungen irgendwelcher Art zu machen. Er fürchtete überhaupt, daß Bluntschli und sein Bruder Heinrich seine verschiedenen Besuche trotz ihres privaten und rein informierenden Charakters als kompromittierend verurteilen würden.

Dies war jedoch keineswegs der Fall und damit beginnt

---

nicht zur Verfügung stand. Vgl. außerdem Siegwart-Müller a. a. O., S. 456 ff. A. Baumgartner, S. 298—301. Personaldaten s. Oechsli.

die zweite Phase. Von großer Bedeutung war, daß unterdessen die Wahlen in St. Gallen zu Gunsten der Radikalen ausgefallen waren. H. Schultheß unterrichtete am 19. Mai Th. Rohmer über die Tätigkeit Ottos in Rom, indem er ihm dessen Briefe in Abschrift mitteilte[286]. Er schrieb dazu:

Ottos ersten Brief vom 30. April (über seine Unterredung mit dem Kardinal Castracane) las ich ... Bl. des Morgens vor Tisch auf dem Büro vor. Abends kam ich wie gewöhnlich zum Nachtessen zu ihm und erfuhr nun, daß derselbe eine heftige Aufregung in ihm hervorgerufen habe. Wenige Tage vorher hatte der Umschlag in St. Gallen stattgefunden, der den Radikalen endlich die ersehnte Zwölfermehrheit gegeben hat. Der Bürgerkrieg scheint nunmehr — trotz der Lebensmittelnot und obgleich die frühere Aufregung vielfach abgenommen hat — fast unvermeidlich. Nur eins könnte der ganzen Sachlage eine neue Wendung geben und das wäre: Rückberufung der Jesuiten von Luzern durch den Papst. Nach Ottos Brief schien es aber möglich, eine Schilderung der Sachlage von unserem Standpunkte aus dem Papst vor die Augen zu bringen und Bl. sprach seine Überzeugung [aus], wenn auch ein solcher Schritt kaum von Erfolg sein dürfte, so hätten wir dann doch unsere Pflicht getan und auch den letzten Termin nicht ohne Warnung vorübergehen lassen. Es sei ein entscheidender Moment und derselbe werde historisch bleiben, möge nun Rom Gehör geben oder nicht. Er teilte uns daher seinen Entschluß mit, ein ausführliches Schreiben über die jetzige Lage der Dinge nach der inzwischen eingetretenen Entscheidung in St. Gallen an Otto zu richten mit dem Auftrage, dasselbe dem Kardinal Gizzi[287] zu Handen Seiner Heiligkeit mitzuteilen (ebenso auch Rossi).

Sie hätten nun Otto den Befehl erteilt, am 1. Juni wieder in Rom zu sein, an welchem Tage auch das Memoire Bluntschlis dort eintreffen werde.

Bl. ist nun mit diesem Memoire bereits fertig. Es ist klar und einfach und doch in den Pointen scharf gehalten. Es zeigt hauptsächlich, daß, wenn es zum Bürgerkrieg komme, die innere Schweiz verloren sei, nicht nur im Falle einer Niederlage, sondern auch im Falle eines Sieges und daß es nur ein Mittel gebe, den Gemütern wieder die Richtung auf Frieden und Verständigung einzuflößen und daß dieses Mittel in den Händen des H.

---

[286] Diese Abschrift in N. Tr. weicht in kleinen Einzelheiten, drastischen Ausdrücken u. s. w. von den Oechsli zur Verfügung gestandenen lithographierten Briefen im Bl.-A. ab.

[287] Der Kardinalstaatssekretär, zu dem Otto Sch. bis dahin noch nicht persönlich gelangt war.

Stuhles liege: Rückrufung der Jesuiten ohne Bedingung (was früher möglich gewesen wäre, jetzt aber nicht). Zugleich widerlegt sie [sic!] die Politik des Fallenlassens der konfessionellen Fragen, wie sie z. Zeit von dem franz. und den österr. Gesandten gepredigt wird u. s. w.

Offen gesagt, ich glaube nicht, daß Rom etwas tun wird. Indes erscheint mir in der Tat Pflicht gegen das Vaterland, auch diesen letzten Termin noch zu benützen und nach den Briefen Ottos glaube ich hoffen zu dürfen, daß er es nicht schlecht ausführen werde. Immerhin wird er sich zusammennehmen müssen, da es natürlich nicht genügen kann, das Mem. bloß abzugeben, sondern er wird zugleich weitere Aufschlüsse geben und das Begehren dadurch unterstützen müssen.

Bluntschli bemerkte im Tagebuch vom 9. Mai:

Otto Sch. Brief von Rom... Abends war ich im Gedanken an den Papst und daß er den Frieden einleiten könnte, so innerlich aufgeregt wie selten. Ich darf an einen glücklichen Erfolg meines Schreibens kaum hoffen, es wäre solcher Sieg des Verworfenen und Geopferten zu groß und herrlich fast. Aber wenn der Schritt auch vergeblich ist, für den Augenblick, er wird es nicht sein für die Zukunft. Das ist große Historie, das fühle ich durch alle Nerven.

[22. Mai.] Am Auffahrtstage habe ich den Brief an Otto Sch. nach Rom angefangen. Die Abschrift und letzte Feile ist heute, am Abend vor Pfingsten vollendet worden. Morgen wird der Brief abgehen. Der heilige Geist sei mit ihm.

Otto Schultheß schrieb am 21. Mai aus Neapel sehr erfreut über den ihm zuteil gewordenen Auftrag, bat aber, ihn noch genau zu instruieren, welche Form er für die etwaige Rückberufung der Jesuiten vorschlagen solle. Am 2. Juni verreiste er nach Rom und nahm dort den Brief Bluntschlis in Empfang, der zur Vorlage bei Gizzi bestimmt war. Er beschloß, Rossi, «den allgemeinen Mäuse- resp. Jesuitenvertreiber», beiseite zu lassen und besuchte zunächst Abbé Bonnechoze. Eine darauffolgende Unterredung mit dem Kardinal Orioli schien alle Hoffnungen niederzuschlagen. Orioli erklärte, in politische Dinge wolle sich der Papst nicht einmischen, in kirchlicher Beziehung aber könne er diesen die Jesuiten verletzenden Schritt nicht tun.

Nun riet Bonnechoze zu einem zweiten Memoire, welches die für die Katholiken aus einem solchen Schritt des Papstes erwachsenden Vorteile stärker hervorheben und von einigen angesehenen katholischen Politikern unterzeichnet sein solle. Und

dann empfahl er Schultheß an den berühmten Kanzelredner Pater Ventura, der sich, wenn er wolle, für die Sache energischer einsetzen werde als Gizzi.

Auf Grund der Unterredung mit Ventura am 8. Juni schöpfte Schultheß neue große Hoffnungen. Ventura erklärte in bestimmter Weise, die Abberufung der Jesuiten sei nicht unmöglich, wenn 6, 10, 20 angesehene katholische und protestantische Männer das Memoire unterschrieben. Bonnechoze riet dazu, das zweite Memoire möglichst ausführlich halten zu lassen und womöglich Unterschriften aus dem Kloster Einsiedeln zu beschaffen. Er meinte, der Papst werde dann P. Ventura wohl als außerordentlichen apostolischen Nuntius nach der Schweiz senden, nachdem der Nuntius Macioti dort eine durchaus passive unbedeutende Rolle spiele.

Vom 9. Juni an sind nun leider die direkten Briefe Otto Schultheß' an seinen Bruder nicht mehr erhalten. Aus zwei späteren Briefen der Brüder an Th. Rohmer aber können wir noch Näheres über die dritte Phase der Verhandlungen entnehmen. Danach schrieb Bluntschli das verlangte zweite Memoire. Er bemerkte am 14. Juni im Tagebuch:

Heute kam von Rom die wichtige Nachricht, daß der Papst geneigt sei, die Jesuiten von Rom abzuberufen. Otto Sch. hat eine Bürgerkrone verdient. Alles kommt nun darauf an, einige Katholiken zu gewinnen, welche das Memoire unterzeichnen.

16. Juni: ... Abends kam Müller v. Wyl[288] mit Mousson. Besprechung vorläufig und Mitteilung der Briefe von Otto.

19. Juni: Morgens nähere Besprechung. Müller hat Bedenken, sich zu entscheiden. Er scheut [?] sich, sich von Baumg. zu emanzipieren. Seine Einwendungen sind: 1. die antiradikale Partei würde getrennt (sc. unter den Katholiken), während in Wahrheit nur die Leitung der Katholiken aus den Händen der Eiferer und der Faktionsmänner in die der Gemäßigten überginge; 2. die Radikalen werden fortfahren, zu agitieren und auch diesen Schritt entstellen; ja, aber weniger Unterstützung und Glauben finden. Das sind indessen nur Bedenken, die Furcht, einen indiv. Schritt zu wagen. Er stellt noch auf den Abt von Einsiedeln ab. Alles hängt nun von dem ab. Ach, wäre nur ein Mann zu finden. Derer, die das gebratene Wild gierig aufessen wollen, gibt es viele. Aber

[288] Johann Joseph M., katholischer st. gallischer Politiker, 1815—1861.

keiner traut sich es einzufangen. Müller klagt, daß Naef[289] nicht wage, sich von Steiger[290] zu befreien und — machts ebenso.

Abends bei Mousson: dieselbe Affäre. Diese ängstlichen Seelen meinen, sie entgehen der Verantwortlichkeit, wenn sie nichts tun, als ob nur mit dem Tun Verantwortlichkeit verbunden wäre. In unserer aufstrebenden Zeit ist das Nichtstun gefährlicher als das Tun und die Verantwortlichkeit des Nichtstuns ist größer.

Wer nun eigentlich das zweite, für den Papst bestimmte Memoire, das sich mit dem ersten, für Gizzi bestimmten, in die Form des Briefes an O. Schultheß gekleideten inhaltlich weitgehend deckte, außer Bluntschli unterschrieb, steht dahin. Die von Oechsli veröffentlichte Liste enthält seiner wohl richtigen Vermutung nach nur die Namen der Männer, denen die lithographierten Briefe Otto Schultheß' und das Memoire zur Ansicht bezw. Unterzeichnung zugingen[291]. In seinen Denkwürdigkeiten bemerkt Bluntschli, daß nur einige wenige Katholiken dafür zu gewinnen waren und jedenfalls waren es keine Männer von besonderem Gewicht.

Aus diesem Grunde hielt es Bluntschli für besser, das Memoire zwar übergeben, aber mündlich durch Otto Schultheß einen andern Vorschlag machen zu lassen. Wir hören darüber in dem Brief H. Schultheß' an Th. Rohmer vom 18. September 1847:

... Das Wesentliche aus einigen späteren Briefen als die, welche ich Ihnen seinerzeit übermachte, finden Sie beiliegend[292]. Als wir nämlich den letzten derselben vom 9. Juli [recte 9. Juni] erhielten, beschlossen wir, einen solchen Versuch bei unsern kathol. Freunden zu machen, obwohl wir uns nicht verhehlten, daß diese Unterschriften im gegenwärtigen Moment für einen protestantischen Agenten kaum zu erhalten sein würden. Da aber solche Unterschriften jedenfalls nur auf die von Otto eingesandten

---

[289] Bluntschli schreibt Naef. Gemeint ist jedenfalls Dr. Wilhelm Näff von Altstätten, der spätere Bundesrat.

[290] Peter St., Regierungsrat von St. Gallen, mit Näff Führer der St. Galler Protestanten und Tagsatzungsgesandter.

[291] B. Meyer befindet sich nicht unter diesen Namen. In seinen Erinnerungen (Bd. II, S. 113/4) spricht er davon, daß gerüchtweise Rossi und die Liberal-Konservativen zusammengearbeitet hätten und daß er, Meyer, dazu bestimmt worden sei, beim Papste Schritte zur Abberufung der Jesuiten zu tun.

[292] Beilage nicht mehr vorhanden.

Berichte hin zu erhalten und keine Zeit zu verlieren war, so sahen wir uns gezwungen, einige Exemplare durch Autographie anfertigen zu lassen. Nun sprachen wir mit Müller von St. Gallen, Hegglin[293] von Zug und dem Abt von Einsiedeln; alle drei waren erstaunt, solche Dispositionen in Rom kennen zu lernen und noch mehr, daß ein Protestant es daselbst so weit gebracht hatte und freuten sich sehr über das erstere, aber sie konnten sich zu nichts entschließen. Inzwischen hatte Otto in Rom an Abbé Bonnechoze, der ... verreist war, seine Mittelsperson verloren und sich genötigt gesehen, für alle Fälle sich Rossi zu nähern, zumal er den Entschluß gefaßt hatte, nicht nur um jeden Preis die beiden Denkschriften in die Hand des Papstes zu bringen, sondern auch womöglich S. H. noch einmal zu sprechen, um wenigstens einen möglichst starken Eindruck von der Existenz einer Mittelpartei in Rom zurückzulassen. Beides gelang ihm denn auch wirklich. Das erste Mem. Bluntschlis hatte er, wie Sie bereits wissen, Gizzi überreicht und demselben in den letzten Tagen des Juni noch einige von ihm selbst in deutscher Sprache zusammengestellte Notizen über den Stand der Dinge unmittelbar vor der Eröffnung der Tagsatzung nachfolgen lassen, um dem H. Stuhl die Notwendigkeit oder wenigstens Wünschbarkeit, diesen letzten Termin nicht ungenützt vorübergehen zu lassen, noch speziell ans Herz zu legen. Das 2. Memoire wurde durch Rossis Vermittlung dem Papste übergeben und endlich erlangte Otto gleichfalls durch Rossis Vermittlung wirklich eine Privataudienz bei Pius IX., der ihn sehr freundlich empfing, ihn versicherte, daß er die beiden Denkschriften mit großem Interesse gelesen habe und daß sie ihm sehr nützlich sein würden und endlich aus Ottos Händen eine Reihe von Artikeln [entgegennahm], die (eine Übersicht über die Entwickelung der schweiz. Verhältnisse von 1830—1847 von unserem Standpunkte aus) von mir eigentlich für den « Contemporaneo » geschrieben worden waren, die aber Otto auf den Rat Rossis « ne touchez pas les journaux » vorzog, dem Papst selber in italienischer Übersetzung zu übergeben, wofür ihm dieser denn auch dankte. Dann sprach ihm Otto von der momentanen Lage in der Schweiz, von der Wünschbarkeit einer friedlichen Vermittelung, von der Schwierigkeit, eine solche einzuleiten und wie wünschbar es wäre, wenn der H. Stuhl selbst dazu in irgend einer Weise den Anstoß gebe, auch nachdem wir selbst den Gedanken einer bloßen Rückberufung der Jesuiten aus Luzern aufgegeben hätten, da es dazu bereits zu spät sei u. s. f. Der Papst hörte ihn ruhig und aufmerksam an und sagte dann, ihn scharf anblickend: « Aber glauben Sie nicht, daß wenn ich einen Schritt dieser Art tun wollte, ich doch in jedem Fall meine Geneigtheit dazu den Schweizern auf passende Art erst andeuten müßte? » Als Otto dies bejahte, erwiderte er: « Wohlan, diesen Schritt habe ich bereits getan », wozu er noch beifügte, derselbe sei der Art « pour être publié par les journaux » und als Otto davon sprach,

---

[293] Franz Joseph Hegglin, Landammann, 1800—61.

daß er in den nächsten Tagen wieder nach der Schweiz zurückzureisen gedenke, meinte der Papst, er solle doch noch etwas zögern, da binnen kurzem Bericht eingehen müsse, welchen Eindruck jener erste Schritt in der Schweiz gemacht habe. Sie können sich denken, wie gespannt Otto war, zumal sich der Papst über jenen Schritt gar nicht näher ausgelassen hatte, aber so davon gesprochen, als ob er in Folge desselben erwarte, daß die Schweizer Gesandten nach Rom schicken würden, um ihre Streitigkeiten unter seiner Vermittlung friedlich auszugleichen. Einige Tage nachher erhielt er auf offiziösem Wege aus dem Quirinal die Abschrift eines Briefes von Pius an den Nuntius in Luzern: die freundlichsten Worte für die Schweiz, aber mehr nicht. Nun reiste er unverzüglich ab. Der Nuntius hat inzwischen nicht für gut gefunden, jenes Schreiben zu veröffentlichen. Dies der Ausgang in Rom. Rossi, der nachgerade ganz auf unsere Ideen eingegangen sei, scheint von den Operationen Ottos — der ihm auch die beiden Memoires von Bl. in Übersetzung hatte zukommen lassen — getreulich nach Paris berichtet zu haben, wenigstens wurde Schultheß-Rechberg [294], der unlängst in Paris war und Guizot sah, von diesem mit den Worten empfangen: « Vous venez de Rome, Mons. Schulthess? » [295].

Otto Schultheß selbst teilte Th. Rohmer das päpstliche Schreiben vom 1. Juli 1847, das anläßlich der Eröffnung der Tagsatzung die Schweiz zum Frieden mahnte, am 1. Oktober in der italienischen Fassung mit und fügte bei:

Das ist also das Schreiben Sr. Heil. Wie Sie sehen: Voll der wohlwollendsten Gesinnungen und zwar für die Protestanten (die « Ketzer ») ganz gleichmäßig wie für die Katholiken; Gebet für Alle, Gebet für das Wohlergehen der Schweiz, Ermahnungen zum Frieden. Aber — es sind bloß Allgemeinheiten; es sind mit diesen Äußerungen ... durchaus keine bestimmten Anträge verbunden. Bei meiner zweiten (Privat-) Audienz beim P. frug derselbe natürlich sogleich nach den versprochenen katholischen Unterschriften... Ich antwortete ihm: wenn er dieselben bloß zu haben wünsche als Beweis dafür, daß es in der Schweiz angesehene und einflußreiche Katholiken gebe, die mit uns Protestanten in politischen Dingen vollkommen einverstanden seien, so könne ich ihm dieselben jeden Augenblick noch verschaffen; jetzt aber seien dieselben nicht hier, weil der rasche Gang der Ereignisse uns auf eine andere Idee gebracht habe. Wir bitten Se. Heil. jetzt nicht mehr für das, was im vorliegenden Memoire enthalten sei und was allerdings mehrere der angesehensten schweizer. Katholiken zu unterzeichnen bereit gewesen wären. Die Ereignisse seien

---

[294] Der von Oechsli mitveröffentlichte Brief Bluntschlis vom 11. Juli, dessen Adressat er in Botschafter v. Tschann vermutet, war demnach wohl an Schultheß-Rechberg gerichtet.

[295] N. Tr.

schon zu weit gegangen. Wir bitten ihn nicht mehr um Rückberufung der Jesuiten, sondern geradezu dafür [sic!], der Schweiz seine Vermittlung zu beantragen und somit vor allem aus und aufs schnellste einen außerordentlichen Legaten nach der Schweiz zu senden. (Natürlich alles mit Mehrerm. Ich war nahezu 3/4 Stunden bei ihm.) Der Sinn seiner Antwort war: Er wäre hiezu gar nicht ungeneigt; bevor er aber jemanden nach der Schweiz sende, müsse er doch dorthin schreiben, daß er dies zu tun beabsichtige. « Allerdings », gab ich zur Antwort. « Nun, das hab' ich getan », fuhr er fort, « ich habe bereits nach der Schweiz geschrieben; gestern muß mein Brief dort angelangt sein und wir wollen nun dessen Wirkung gewärtigen. Er soll auf alle mögliche Weise publiziert werden und wer weiß? vielleicht ist es nun gar nicht mehr nötig, daß ich jemanden nach der Schweiz sende, vielleicht senden nun die Schweizer Leute zu mir nach Rom ». Näheres sagte er mir nichts von seinem Schreiben, weder was es enthalten, noch an wen es gerichtet gewesen. Drei Tage später aber erhielt ich ... obstehenden Brief, worauf ich unverzüglich verreiste, denn nachdem dies geschehen, war für einmal sicherlich nichts weiteres zu erreichen. Natürlich dachte ich, wenn ich nach der Schweiz komme, werde der Brief bereits in allen Blättern zu lesen sein. Monsignor Nuntius aber hat — Gott weiß aus welchem Grunde — für gut befunden, denselben in der Tasche zu behalten. — Das ist in gedrängter Kürze die Geschichte dieses Briefes. Wenn ich Ihnen das Nähere m ü n d l i c h werde erzählen und — wie es natürlich mein sehnlichster Wunsch ist — meine zahlreichen, nicht mehr in der Lithographie enthaltenen Briefe vorlesen, überhaupt meine ganze « Romfahrt » von Ihnen werde rezensieren lassen können, weiß der Himmel! ... [296].

Nach Siegwart-Müller wurde das Bluntschli'sche Memoire übrigens einer Kommission von Kardinälen unter dem Vorsitz des, wie wir hörten, der Sache ungünstig gegenüberstehenden Orioli vorgelegt und zwei Prälaten der Schweiz zur eventuellen Unterzeichnung übersandt. Der eine davon war der Fürstabt von Einsiedeln. Beide lehnten aber die Unterzeichnung ab. Die Aktion Bluntschlis und seiner Freunde war ergebnislos verlaufen. Es ist dies allerdings nicht weiter zu verwundern, wenn man jetzt weiß, wie nicht nur Frankreich und England, sondern auch die ausgesprochen katholischen Staaten Österreich und Bayern [297] in Rom und Luzern zu verschiedensten Zeiten ver-

---

[296] N. Tr.

[297] König Ludwig I. von Bayern ließ z. B. am 4. April 1845 nach dem 2. Freischarenzug dem Gesandten Verger den Befehl erteilen, in Luzern von der Jesuitenberufung abzumahnen. Es könne jetzt diesen Schritt tun,

geblich gegen die Jesuitenberufung als gefährlich und inopportun zu arbeiten versucht haben.

Die Verheimlichung des päpstlichen Schreibens, das durch König Karl Albert von Sardinien veranlaßt worden war[298], hatte noch ein Nachspiel in der Presse. Th. Rohmer versuchte, in den Besitz des Schreibens gelangt, eine Einwirkung auf die schweizerische Politik durch seine Veröffentlichung in der « Süddeutschen Politischen Zeitung »[299] am 19. Oktober. Damals wurde ja von Seite der Katholiken, besonders in St. Gallen, mehrfach verlangt, der Papst möge um das Schiedsrichteramt in der Jesuiten- und Klosterfrage und um Vermittlung angegangen werden. Die « Eidgenössische Zeitung » brachte den Brief am 21. Oktober[300] und sprach dabei von der Unverwerflichkeit eines Vermittlers, dessen politische Liberalität der einen und dessen kirchlich rein katholischer Sinn der andern streitenden Partei verbürgt seien. Auch die « Augsburger Allgemeine Zeitung » druckte den Brief ab[301] und beschäftigte sich noch zweimal damit[302]. Sie berichtete, die römische Bilancia publiziere den Brief mit der verlegenen Erklärung, daß er aus Ursachen, die von dem Willen des Nuntius unabhängig seien, bisher nicht veröffentlicht worden sei. Und die « Allgemeine Zeitung » bemerkte dazu, diese Entschuldigung sei sehr notwendig, da jedenfalls die Verheimlichung des Schreibens mit seinem Inhalt in grellstem Widerspruch stehe. Vorher waren übrigens sogar Zweifel an der Echtheit des Briefes aufgetaucht. Friedrich Rohmer schrieb in einer Korrespondenz für die « Augsburger Abendzeitung »[303], das Schicksal dieses Briefes sei in der diplomatischen Welt unerhört. Nach Privatbriefen habe der Nuntius Remonstrationen der herrschenden katholischen Partei in Luzern nachgegeben. Daß dies der Fall war, hat Siegwart-Müller selbst zugestanden.

ohne der Schwäche bezichtigt zu werden. M. A. III, Schweiz, Nr. 26. G. St.-A.

298 B. Meyer II, S. 115/6.

299 Nr. 29.

300 Nr. 289.

301 Nr. 299; 26. Oktober.

302 Nr. 304; 31. Oktober und Nr. 324; 20. November 1847.

303 Nr. 330; 26. November.

Mit ihm zusammen bearbeitete den Nuntius auch der sardinische Gesandte Crotti-Costigliole. Beide fürchteten von dem Schreiben wohl einen ungünstigen Einfluß auf die kriegerische Stimmung der katholischen Bevölkerung. Von Rom kam übrigens sehr bald der Befehl, das Schreiben als nicht geschehen zu betrachten. Siegwart-Müller schrieb selbst einen langen Brief an Gizzi, um den Vermittlungs- und Friedensfreunden entgegenzuarbeiten; dieser Brief traf aber Gizzi nicht mehr im Amte an.

Das Interessante an diesem ganzen diplomatischen Intermezzo ist wiederum der Eindruck, daß alle europäischen Mächte einschließlich des Vatikans nicht wußten, welche Politik sie eigentlich gegenüber der Schweiz beobachten sollten oder vielmehr, daß sich überall zwei Hauptrichtungen der Zeit, Liberalismus und Absolutismus bezw. Ultramontanismus, die Wage hielten, daß beide schon auf die Mächte einwirkten und sie dadurch am entschlossenen Handeln verhinderten.

Bluntschli hielt auch im Sommer 1847 das Banner seiner Überzeugung aufrecht. Er stellte im Großen Rat bei der Beratung der Tagsatzungsinstruktion trotz völliger Aussichtslosigkeit den Antrag, die Gesandtschaft solle auf Vermittlung und Erhaltung des Friedens hinarbeiten, und drei Eventualanträge: 1. auf Nichtanteilnahme an bewaffneter Exekution, 2. auf Nichtanteilnahme ohne eine 12-Stimmenmehrheit und 3. auf Anteilnahme erst nach Erforschung der Meinung aller Gemeinden des Kantons. Er gab selbst zu, daß dieser letzte demokratische Antrag in der Verfassung nicht vorgesehen sei, aber ein Bürgerkrieg sei auch nicht vorgesehen [304].

Die 24 Konservativen, die für Bluntschlis Anträge gegen 137 Liberale stimmten, wurden in der « Eidgenössischen Zeitung » namentlich aufgeführt, um ihre ausdrückliche Verwahrung gegen den Bürgerkrieg für später festzustellen [305].

Am 5. Juli erfolgte die Eröffnung der Tagsatzung mit der aufsehenerregenden Rede Ochsenbeins [306]. Th. Rohmer schrieb darüber an Bluntschli am 10. Juli:

---

[304] Gr.-R.-Pr. Nr. 6 und 7.

[305] Nr. 171; 24. Juni 1847.

[306] Über Ochsenbein vgl. Hans Spreng, Ulrich Ochsenbein, I. Teil, 1811—1848. Diss. Bern. 1918. 196 S.

... Die Rede Ochsenbeins ist ein Ereignis. So hat die Schweiz noch nie mit dem Ausland gesprochen. Und dann die Behandlung des Bunds und das « Phantom der Intervention! » So spricht die deutsche Propaganda. Bern ist nicht mehr das Bern der franz. Ideen (Neuhaus). Es ist in der Hand der deutschen Radikalen. Auch die französ. Schweiz hat die deutsche Revolution aufgesogen. 1842: Zürich — Ludwig Snell und Fröbel; 1847: Bern und Genf — Wilh. Snell und Heinzen: das sind entscheidende Parallelen. Damals war es geistig. Selbst Fröbel wollte durch die Idee wirken; jetzt ist es materiell. Sie wollen durch Krieg die schw. und europäischen Zustände umrühren. Hier ist ein Fingerzeig der Vorsehung. Ich bin überzeugt, daß so wie im Jahr 1842 die Revolution in ihrer allg. geistigen Wesenheit besiegt worden ist (europäisch), so jetzt der Brand ein allgemein materieller werden würde, wenn nicht noch geschlichtet werden kann. An demselben Fleck, an dem Europa, wenn es verstanden hätte, was vorgeht, die Revolution für sich selbst hätte beendigen können, würde es auch von ihr ergriffen werden. Dies ist, wenn ich diesen Ausdruck brauchen darf, mein Trost, wenn die Vorsehung nicht einschreitet, dann hat sie Großes vor... [307].

Am 11. August schrieb Bluntschli an Th. Rohmer, es sei wieder alles in der Schwebe, alles ungewiß, der gegenwärtige Friede aber ebenso entsetzlich demoralisierend und unerträglich wie der Krieg absurd [308]. Am 21. September stellte Bluntschli in der außerordentlichen Sitzung des Großen Rates, welche die Teilnahme an der Exekution beschloß, wiederum seine Friedensanträge [309]. Im Grunde aber ersehnte er nun selbst das reinigende Gewitter. Am 22. September schrieb er an Fr. Rohmer:

Ich hoffe auf eine Entscheidung über unser Schicksal noch im Laufe dieses Jahres. Ich hoffe darauf, obwohl ich den Bürgerkrieg verabscheue. Da beide Parteien gegenwärtig die Vermittlung von sich stoßen und sich vorerst streiten wollen, so ist es besser, der Streit komme bald. Bloße Fortsetzung aber des gegenwärtigen Zustandes, der ein heimlicher Krieg, kein Friede ist und alles untergräbt oder verwüstet, was für die moralische und politische Wohlfahrt der Schweiz unentbehrlich ist, wäre das Schlimmste von allem. Seit 1830 haben sich in 17 Jahren so viel Schutt und so viel Galle und Grimm angehäuft, daß eine gewitterhafte Reinigung allein uns helfen und Aussicht auf einen neuen Friedenszustand gewähren kann... [310].

---

[307] R.-A.
[308] R.-A.
[309] Gr.-R.-Pr. Nr. 8.
[310] R.-A.

Aber immer hoffte er — auch in diesem Briefe — noch darauf, daß beide Parteien geschlagen würden, d. h. daß der Krieg unentschieden ausgehen und dann seine Zeit neuer Vermittlungsmöglichkeiten anbrechen werde.

Deshalb ließ er auch trotz der unausweichlich herannahenden Katastrophe auch im Sommer und Herbst 1847 die Hände nicht sinken. Bluntschli und seine Freunde versuchten ihre alte Idee einer «moralischen Intervention» oder besser Mediation der drei kleineren deutschen Nachbarmächte Bayern, Württemberg und Baden neu zu beleben. Am 12. Dezember 1846 schon bemerkte Bluntschli im Tagebuch:

Mit Th[eodor Rohmer] die Frage der Mediation besprochen. Großmächte können nicht M. bringen, weil sie zu übermächtig sind. Nur Intervention und die ist von Übel. Die M. muß von innen heraus kommen. Aber die kleinen, bes. süddeutschen Staaten hätten hier eine herrliche Aufgabe. Der protestantische König von W. und der katholische König von B. könnten dies tun.

Theodor Rohmer aber erklärte am 20. Dezember, Gonzenbach habe die maßgebenden Kreise in München und Stuttgart zu sehr gegen Friedrich eingenommen, als daß sie etwas in der Richtung unternehmen könnten[311]. Bei einem längeren Aufenthalt Fr. Rohmers in Stuttgart im Februar und März 1847 aber hatte er doch wieder mehrere Unterredungen mit Ministern und wird den Gedanken vermutlich vorgebracht haben. Auch ließ der Sturz des ultramontanen Regiments in Bayern infolge der Lola Montezaffäre die Hoffnungen der Brüder wieder aufflackern, vielleicht nun doch noch Einfluß auf die bayrische Politik zu gewinnen. Aber eine Th. Rohmer vom Ministerverweser Staatsrat v. Maurer[312] am 7. Juli 1847 gewährte Audienz verlief ganz ergebnislos, da Maurer erklärte, Bayern werde keine öffentlichen Schritte in der Schweiz tun. Er schnitt auch gleich weitere Besuche mit der Bemerkung ab, er sei durch den Gesandten genügend informiert[313].

Trotzdem legte Th. Rohmer die Idee noch einmal ausführlich dar in einer Artikelserie «Deutschlands Stellung zu den

---

311 R.-A.

312 Georg Ludwig v. M., 1790—1872.

313 Niederschrift darüber in R.-A.

Wirren der Schweiz», zu welcher ihn Bluntschli inspirierte und die in der «Augsburger Abendzeitung» erschien[314]. Bluntschli schrieb Theodor am 7. September:

Der Artikel in der «Augsb. Z.» hat sehr gefallen. Auch der preuß. Gesandte interessierte sich sehr für diesen Ausweg, der freilich auch nicht eröffnet wird und nicht eröffnet werden kann, wenn nicht in der Schweiz selbst eine Mittelpartei neu ersteht. Das aber kann jetzt nicht geschehen. Nur Ereignisse können soweit lösen [?], daß das möglich sein wird. Ich ruhe nicht, aber die Zeit ist dafür durchaus noch nicht reif[315].

Tatsächlich versuchte Bluntschli immer wieder, das kleine Häuflein Gleichgesinnter in der ganzen Schweiz um sich zu scharen[316]. Am 28. Juli 1847 schrieb er an E. v. Müller, ob die Berner der Erschütterung denn passiv zusehen wollten und wenn nicht, in welchem Moment und unter welchen Voraussetzungen sie zu handeln gedächten. Ob sie im Einverständnis mit Sinnesverwandten aus andern Kantonen handeln oder sich auf kantonale Dinge beschränken wollten. Für den Fall, daß man zu handeln gedenke, möchte er Vorschläge machen. Es solle eine schweizerische Friedenspartei unter dem Namen «Eidgenössische Gesellschaft zur Herstellung des Friedens» gegründet werden, aus welcher unter guter Leitung eine Vermittlungspartei werden könne. Er regte eine Zusammenkunft, vielleicht in Baden bei Zürich, an, stellte aber die Bedingung, daß auch Katholiken zugezogen werden müßten. Man sollte dann ein Manifest an die Nation erlassen. Als Äquivalent für Abberufung der Jesuiten und Auflösung des Sonderbundes schlug er Herstellung des Klosters Muri, verbunden mit einem katholischen Priesterseminar, und das Recht der Kantone, Orden ohne Erlaubnis der Tagsatzung berufen zu dürfen, vor. Das Wichtigste wäre, daß sich zunächst Bern und Zürich einigten.

Müller unterstützte Bluntschlis Brief bei Blösch. Er fand wohl, daß Bluntschli die Gefahr für unmittelbarer drohend ansehe, als sie es sei. Es wäre aber unklug und unfreundlich, die

---

[314] Nr. 217, 218, 221, 222, 224; 5.—12. August.

[315] R.-A.

[316] Für das Folgende s. die Briefe bei Blösch, Vor 50 Jahren, a. a. O., S. 162—177, und Blösch, S. 208.

von Zürich aus wiederholt angebotene Hand zurückzustoßen. Blösch äußerte sich in einem Brief an Müller vom 2. August eingehend und im ganzen zustimmend zu Bluntschlis Vorschlägen. Vorläufig glaubte er aber nicht an die Bereitschaft der Gemüter für eine Vermittlung. Gegen die Teilnahme von Katholiken hatte er nichts, meinte aber, Bluntschli müsse unbedingt auch gemäßigte Radikale von Zürich beizuziehen suchen. Bluntschlis frühere Parteistellung sei zu schroff gewesen. Blösch war sehr einverstanden mit der Abfassung eines Manifestes an die Nation durch Bluntschli, der Beweise genug gegeben habe, wie geeignet er dafür sei. Doch wünschte er auch die Aufnahme der Bundesrevision unter die Gegenstände des Manifestes. Über die beiden Zugeständnisse an die Katholiken würden wohl die Konservativsten die Köpfe schütteln; hier könnten erst Ereignisse und Erfahrung helfen. Im allgemeinen warnte Blösch wieder vor übereilten Beschlüssen.

Bluntschli arbeitete nun ein Memoire als Grundlage für die Besprechungen aus. Es sind seine «Gedanken zur Vermittlung der Schweiz (August 1847)»[317], die in 60 Paragraphen die schweizerische Politik im allgemeinen, die aktuellen Tagesfragen, das Verhältnis zum Ausland, die Bundesrevision beleuchten. Am 21. August schrieb er darüber an Müller und erklärte, kein eigentliches Manifest verfaßt zu haben, da dies dem Geist der Stunde entspringen müsse, um zu wirken. Was die Verbindung mit gemäßigten Radikalen anlange, so sei diese wohl erst nach entscheidenden Ereignissen und erst nach Spaltung auch der katholischen Partei möglich. Sie hätten es früher vergeblich versucht. Eine bloße Amalgamierung mit den Justemilieuradikalen aber wäre schädlich; man würde nur den Kompaß verlieren, wie dies in Basel geschehen sei.

Im Sommer kam es nicht mehr zu der von Bluntschli gewünschten Besprechung.

Andere Männer, die im selben Sinne wie Bluntschli arbeiteten, waren der Oberamtmann Franz Victor Glutz-Blotz-

[317] Zuerst veröffentlicht in der «Südd. Pol. Ztg.», Stuttgart, Nr. 53—57; 16.—20. November 1847. Später in Pol. Jahrb. d. Schw. Eidg., 13, 1899, S. 655—676.

heim[318], der in der Sommersitzung des Großen Rates von Solothurn einen Antrag ganz ähnlich dem Bluntschlis stellte, aber ebenso unterlag[319], und Altlandammann Schindler von Glarus, der jetzt in Zürich lebte. Auch Schindler wandte sich, wie übrigens noch andere Politiker, an Blösch und regte die Veranstaltung einer Konferenz an.

Bluntschli verzeichnet im Tagebuch vom 3. Oktober:

Schindlers Versuch zu einer Versammlung vor der Tagsatzung, um eine Friedensadresse zu erlassen. Erörterungen mit Mousson. Beschluß: Aufschub, bis ernstlich an Vermittlung zu denken sei... Nur ein « Verpuffen » der Vermittlungsplane. Erst müssen die Extreme angerannt sein, voraus die Radikalen. Sonst ist nichts zu machen. Dann rasch, groß, der Nation gegenüber.

Mousson schrieb am 4. Oktober an Blösch, der mit Schindler wünschte, daß Mousson den Vorsitz führe, und lehnte dies ab. Er sei zu sehr mit Bluntschli befreundet und so würde seinem Auftreten sofort ein reaktionärer Anstrich gegeben. Da auch Schindler nicht an die Spitze treten wolle, so müßte man die Konferenz wohl von mehreren Gleichgesinnten einberufen lassen. Wieder unterstrich Mousson die Notwendigkeit, Katholiken beizuziehen. Dazu aber erscheine die noch bleibende Frist von etwa 14 Tagen zu kurz. Das Gelingen des Unternehmens sei mithin sehr zweifelhaft. Auch müßte ein engerer Kreis zuerst absolut einig sein, bevor man einer größeren Versammlung Vorschläge unterbreite.

Diesmal waren es also die Züricher, die für den Augenblick die Konferenz für unzweckmäßig hielten und ablehnten. Die Nichtgewinnung von Katholiken war neben den Bedenklichkeiten wegen der gegen Bluntschli herrschenden Vorurteile und wegen der noch vorhandenen Meinungsunterschiede, besonders auch über den richtigen Zeitpunkt des Handelns, ein Hauptgrund, daß man über Gedankenaustausch nicht hinauskam.

Eine bei Blösch erwähnte Beratung vom 6. Oktober fand wohl nur zwischen Berner Persönlichkeiten statt. Man erwog wie schon früher einmal die Provokation einer Volksabstimmung.

---

[318] 1780—1858.

[319] « Eidg. Ztg. », Nr. 175; 28. Juni.

Aber auch das endigte mit dem Beschluß, nur dann zu handeln, wenn Bern ohne Tagsatzungsmehrheit zur Exekution schreiten würde.

Am 14. Oktober fiel die Entscheidung in St. Gallen für die Teilnahme an der Exekution.

Am Tag darauf versammelten sich in Baden bei Zürich die Redaktoren der konservativen Zeitungen: «Eidgenössische Zeitung», «Berner Volkszeitung», «Courrier Suisse», «Thurgauer Zeitung» und «Schweizer Volksblatt». E. v. Müller hatte eine solche Redaktorenversammlung schon am 21. November 1846 Bluntschli vorgeschlagen als Keimzelle zur Bildung einer vernünftigen Mittelpartei[320]. Bei diesen Besprechungen, die nicht mehr in die Öffentlichkeit drangen, wollte man sich für alle Fälle zu einheitlichem Vorgehen zusammenschließen. Bluntschli legte sein für den Papst bestimmtes Memoire und seine Bundesreformpläne vor, jedenfalls auch sein Memoire vom August. Er bemerkte im Tagebuch dazu:

Einleitung von Zürich aus. Große Vers.[ammlung?] und an die Nation. Zus.berufung durch ganz unverdächtige Männer.

Eines der verschiedenen im Sommer entstandenen Memoires teilte Bluntschli auch dem österreichischen Gesandten Kaisersfeld mit. Dieser sagte ihm am 23. Oktober, Metternich sei in den Prinzipien ganz damit einverstanden. Doch könnte erst später ein Boden dafür gewonnen werden[321].

Schnell aber nahte und vollendete sich nun die Katastrophe von der Wiedereröffnung der Tagsatzung am 18. Oktober über den endgültigen Bruch zwischen Tagsatzungsmehrheit und Sonderbund am 29. Oktober bis zum raschen Sieg der Mehrheit über die innere Schweiz im Laufe des November. Die Aufregung der Tage zog auch Bluntschli und Heinrich Schultheß in nächste Mitleidenschaft. Gegen die «Eidgenössische Zeitung» wurde Klage erhoben, weil sie an der Begeisterung und der Treue der ausrückenden Züricher Truppen Zweifel geäußert hatte[322]. Man warf ihr deshalb Aufreizung gegen die Staatsgewalt vor.

---

[320] Bl.-A.

[321] Tageb., 24. Oktober.

[322] Nr. 290; 22. Oktober.

Am 25. Oktober sprach Bluntschli zum letzten Mal in seinem Leben im Großen Rat von Zürich. Er bekämpfte die Einsetzung eines außerordentlichen Staatsanwaltes [323].

Am 29. Oktober meldete die « Eidgenössische Zeitung », es sei bei ihr und in der Privatwohnung H. Schultheß' eine Haussuchung veranstaltet worden. Dieser Schritt war durch einen Artikel Bluntschlis veranlaßt, in welchem er gegen den Bürgerkrieg Stellung genommen hatte [324]. H. Schultheß wurde verhaftet, aber gleich wieder auf freien Fuß gesetzt, als sich Bluntschli zu dem Artikel bekannt hatte. Bluntschli wurde vom Staatsanwalt vernommen und es sollte gegen ihn und Schultheß ein Prozeß eingeleitet werden. Durch die nach dem raschen Sieg erlassene Amnestie aber wurde die Sache niedergeschlagen.

Vom 31. Oktober an gab die « Eidgenössische Zeitung » nur mehr kurze Bulletins über den Verlauf des Krieges heraus und mit Beginn des Jahres 1848 ging ihre Redaktion aus den Händen der Brüder Schultheß in die anderer Leute über.

Der über Erwarten geringe Widerstand der katholischen Kantone beraubte Bluntschli der letzten Hoffnung; sein ganzes Augenmerk war von nun an darauf gerichtet, sich in Deutschland einen neuen Wirkungskreis zu suchen.

Während des Krieges schrieb Bluntschli Berichte an die « Süddeutsche Politische Zeitung ». Dort erschienen auch — allerdings ohne sein Wissen und zu seinem Mißfallen — die « Gedanken zur Vermittlung der Schweiz » vom August 1847 [325]. Als das Blatt am 7. Dezember [326] eine vielleicht von Th. Rohmer stammende Korrespondenz « Von der Regnitz, 1. Dezember » mit dem Titel « Die Schweiz nach dem Krieg und die europäische Vermittlung » brachte, die davon sprach, daß die konservativen Offiziere der Tagsatzungsarmee ihren Einfluß jetzt geltend machen könnten und daß die Mächte nunmehr das liberal-konservative Prinzip in der Schweiz anerkennen sollten, schrieb Bluntschli an Dr. Widenmann am 9. Dezember den folgenden

---

[323] Gr.-R.-Pr. Nr. 9.
[324] Nr. 295; 27. Oktober.
[325] S. Anm. 317.
[326] Nr. 71.

Brief, der seine ganz andern Ansichten über die Lage knapp zusammenfaßt:

Der Artikel von der Regnitz über die Schweiz veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen, nicht für Ihr Blatt, wohl aber für die Redaktion desselben:

1. Auf die Urkantone setze ich, ohne neue Ereignisse, keine Hoffnung mehr. Sie sind oder werden alle revolutioniert und der Radikalismus bereitet ihnen den letzten tödlichen Schlag, dem sie jetzt nicht widerstehen können: Zulassung freier Niederlassung, wodurch das Land sofort in die Fabrikabhängigkeit der äußern Schweiz kommt.

2. Die konservativen Offiziere Dufour und Ziegler haben der Revolution gedient und ihr die Herrschaft verschafft. Aber politischen Einfluß haben sie nicht eines Hellers wert, gegenwärtig schon keinen, also in sechs Wochen gewiß keinen größeren.

3. Eine Mittelpartei war möglich, bis die absolute Herrschaft des Radikalismus entschieden war; nun hat sie keinen Boden und keinen Anhaltspunkt mehr.

4. Das Bestreben und die Politik des Radikalismus geht gegenwärtig ausschließlich auf vollständige Unterdrückung jeder Opposition und auf persönliche Verfolgung. Dr. Steiger hat zu Luzern ausgesprochen: Die Gegner müssen arm gemacht werden. Und das geschieht wirklich a) im Großen gegen die ganze innere Schweiz, b) gegen die Mitglieder der Regierungen und Großen Räte durch Beschlagnahme ihres Vermögens in einer Weise, welche das Verfahren Luzerns gegen die Freischärler unendlich überbietet. Nicht etwa bloß zu Freib. und Luz., auch in Zug. Und gewiß bald überall in den Urkantonen.

5. Es gibt nun so wenig noch Parteien in der Schweiz als zur Zeit des Konvents in Frankreich. Man guillotiniert nicht, man « macht arm ». Das ist schweizerische Übersetzung der franz. Revolution. Es gibt nur Fraktionen einer Partei wie der Berg und die Gironde.

6. In einer durchgreifenden Reorganisation der Schweiz wäre noch das einzige Heil. Es ist daher absurd, daß das Ausland diese gerade hemmen will. Der Bund von 1815 ist in Stücken und mit der alten Schweiz ist es wirklich aus. Sie hatte weniger Lebenskraft als wir ihr zugetraut. Sonst wäre dieser unglaubliche jämmerliche Fall derselben undenkbar.

7. Das Bild der Schweiz vor und nach diesem Kriege ist himmelweit verschieden. Die Masse der kleineren konserv. Offiziere sind als Radikale zurückgekehrt.

8. Mit einem Wort: die Herrschaft der Revol. ist vollständig und unbestritten. Das « Direktorium » auf der Tagsatzung kann absolut machen, was es will, für jetzt. Es wagt niemand nur zu tadeln.

Ich habe eine Erholungsreise über Neujahr nach Deutschland vor. Aber wenn das Ausland irgend noch eine fernste Miene macht einzu-

schreiten und sich nicht beruhigt bei dem fait accompli und den Lektionen des H. Druey, so darf ich nicht fort, so sehr gerne ich ginge. Denn in diesem Fall würde man in der Schweiz meine Reise ohne weiteres in Zusammenhang bringen mit den Operationen der Mächte und wenn ich hundertmal gegen eine Intervention gesinnt wäre.

Übrigens wird Deutschland der Schweiz sehr bald nachfolgen, wenn nicht unendlich viel energischer als bisher der Radikalismus geschlagen und der Liberalismus wirklich zu Ehren gebracht wird.

Ich bitte Sie, diesen Brief auch nach München an F. zu schicken. Ihr Dr. Bluntschli [327].

Sind diese politischen Betrachtungen schon übertrieben pessimistisch gefärbt, so tritt uns aus einem Brief an Rohmer, der ihn am 8. Dezember einlud, zu wissenschaftlichen Studien einige Zeit zu ihm nach München zu kommen, noch stärker entgegen, wie Bluntschli persönlich tief getroffen war [328]. Er schrieb am 13. Dezember:

Meine Situation ist sehr schwierig. Und leider mein Kopf so angegriffen, daß mir das Denken eine Plage ist. Wahrhaft erholen kann ich mich nur in einer größeren Stadt und nur, wenn ich da etwas zu tun habe, und zwar nicht die Wissenschaft, sondern die Praxis reißt mich aus diesem dumpfen Zustand heraus, indem ich gewissermaßen die ganze Last von 17 Jahren in der Schweiz auf mir fühle. Gehe ich nach München oder Berlin oder Wien, so entgehe ich dem in solchen Zeiten heftigen Verdacht und Mißtrauen nicht. Man wird der Reise politische Motive, d. h. in der Sprache der Revolution « Landesverrat » unterschieben und zwar, wenn ich bei Ihnen bin, gar nicht am wenigsten. — Journalartikel helfen dagegen nichts, wenn sie nicht an Tatsachen anknüpfen können, die ihrer Natur nach jenen Verdacht ausschließen. — Solche Tatsachen aber sind wissenschaftliche Studien nicht. Sie würden als Deckmantel für anderes betrachtet. Ich kann daher nur unter einer Voraussetzung, sei es nach M. oder B. oder W., unter der nämlich, daß ich von der Reise mit einer gesicherten Anstellung in Deutschland nach Zürich zurückkehre. Dann allein glaubt man an persönliche Motive der Reise und fürchtet die politischen nicht mehr, weil man daraus ersieht, daß ich für die nächsten Jahre in der Schweiz nichts haben will.

---

[327] R.-A.

[328] Außer den politischen wirkten auch seelische Konflikte auf Bluntschli damals drückend ein, seine aufkeimende Neigung zu Anna Stadler, einer Cousine seiner Frau, vgl. D. I, S. 433 ff. Charakteristisch für Bl. ist dabei besonders die Symbolisierung der persönlichen durch die schweizerischen Kämpfe.

Bluntschli fährt fort, er müsse sehr bald für dies Resultat sorgen.

Denn in der Schweiz kann ich nicht mehr leben. Ich habe weder politisch noch wissenschaftlich noch selbst sozial irgend eine Befriedigung mehr und die Sorge für meine Familie und die Erziehung meiner Kinder ... macht mir das Dasein in der Schweiz noch unerträglicher. Ich werde erst in dem Moment Ruhe und Lebensfreudigkeit wieder finden, in welchem ich eine neue Existenz als gesicherte Realität vor mir sehe ...[329].

Bluntschli erwähnt in dem Briefe seine Absicht, an Savigny zu schreiben und die Tatsache, daß er durch Kaisersfeld nach Wien eine vorläufige Anfrage habe gelangen lassen. Rohmer aber riet dringend von Preußen und Österreich ab und wünschte die Übersiedlung Bluntschlis nach München, wo sich infolge der von Minister Oettingen-Wallerstein[330] eingeleiteten Reformen Aussicht auf praktisch-politische Tätigkeit zu bieten scheine, die Bluntschli weitaus lieber gewesen wäre als eine reine Professur. Bluntschli schrieb damals sogar: « Professur ist mir fürchterlich zuwider». So reiste denn Bluntschli doch von Andelfingen aus, wo er sich einige Zeit aufhielt, über Weihnachten und Neujahr nach München.

Rohmer hatte am 21. Dezember eine Unterredung mit Wallerstein, der sich dabei zum liberal-konservativen Prinzip bekannte. Er schrieb dem Minister daraufhin und legte ihm nahe, Bluntschli zu berufen. Den Brief erhielt aber Wallerstein nicht. Deshalb besuchte ihn Bluntschli auf eigene Faust am 31. Dezember, sprach aber zunächst nur über die schweizerischen Angelegenheiten. Auf Wunsch Wallersteins schrieb er seine Meinung darüber am 1. Januar nieder und übergab zugleich auch seinen Antrag von 1846 und das Memoire vom Sommer 1847 Wallerstein bei der zweiten Unterredung am 2. Januar. Am 3. erhielt er eine Audienz bei König Ludwig und hatte dann am 4. und am 6. Januar nochmal zwei Unterredungen mit Wallerstein, dem er nun auch die ersten Druckbogen von Th. Rohmers Schrift « Dokumentarischer Abriß der Geschichte der liberal-konservativen Politik » überreichte. Neben den persönlichen

[329] R.-A.

[330] Ludwig Fürst von Oett.-Wall., 1791—1870.

Wünschen Bluntschlis und Rohmers auf Anstellung irgendwelcher Art bildeten den Hauptinhalt der Gespräche natürlich die Schweizer Dinge. Wallerstein hatte, wie schon Maurer, eine reservierte Haltung gegenüber dem Drängen der Großmächte auf militärische Demonstration an der Grenze und gegen eine Beteiligung des Deutschen Bundes an einer allenfallsigen Intervention eingenommen[331]. Bluntschli bestärkte ihn hierin. In seiner Niederschrift vom 1. Januar[332] sprach er sich gegen Intervention, für Zulassung einer Bundesreform, reservierte Haltung des Deutschen Bundes und erst eventuelle spätere Mediation durch Deutschland aus. Es mochte Wallerstein vor dem König erwünscht sein, daß auch ein angesehener konservativer schweizerischer Politiker seine Maßnahmen billigte. Doch lag die Richtung der bayrischen Politik schon vor diesen Besprechungen fest und so darf man wohl auch hier nicht von einem wesentlichen direkten Einfluß Bluntschli'scher oder Rohmer'scher Anregungen sprechen.

Nachdem Bluntschli die Anstellung in München gesichert schien, trat er die Rückreise über Stuttgart an, wo er Unterredungen mit Minister Beroldingen und mit dem König hatte. Er suchte Empfindlichkeiten gegen Bayern, auf die er dabei stieß, zu dämpfen und befürwortete warm eine engere Verbindung der beiden Staaten. Seine Briefe an Rohmer darüber scheint dieser Wallerstein mitgeteilt zu haben[333].

Am 17. Januar 1848 schrieb Bluntschli an Wallerstein, daß er mit allen höher stehenden Führern der liberal-konservativen Partei in Zürich über die Haltung Bayerns gesprochen und dafür gesorgt habe, daß auch in Bern, Basel und im Waadtland einzelne Vertreter ihrer Prinzipien davon in Kenntnis gesetzt worden seien. Allgemein habe die Stellungnahme Bayerns verdiente Anerkennung gefunden und es knüpften sich für eine spätere Zukunft die folgenreichsten Aussichten daran[334].

---

[331] Vgl. die Darstellung seiner Politik durch Bluntschli in den Bltt. f. pol. Kritik, München 1848, S. 185 ff.

[332] Konzept in Bl.-A.

[333] Konzept eines Briefs vom 15. Januar in N. Tr.

[334] Konzept, nicht von der Hand Bluntschlis, in N. Tr.

Der Ausbruch der italienischen, französischen und deutschen Revolution bereitete dann dem ganzen diplomatischen Spiel der Mächte bezüglich der Schweiz ein rasches Ende.

Trotzdem sich Bluntschlis Anstellung in München aus verschiedenen Gründen lang hinauszögerte, reiste er Anfang März wieder nach München und ließ im April seine Familie dorthin nachkommen. Die praktisch-politische Beschäftigung mit Schweizer Dingen war zu Ende, es blieb ihm noch die Fertigstellung des Zürcher Gesetzbuches übrig, dessen Abfassung ihm zu seiner Freude die Radikalen auf Antrag Dr. Furrers weiterhin übertrugen.

Wir blicken nun noch einmal im Zusammenhang kurz zurück auf Bluntschlis schweizerische Politik.

Was ihre sachlichen Ziele betrifft, so ist vor allem zu erkennen, daß sie wohl Wellenlinien aufweist, aber keinen Bruch. In der Klosterfrage beugt er sich 1841 nur äußerlich und aus taktischen Gründen noch der größeren Autorität Bürgermeister von Muralts, tritt 1842 mit seiner Idee einer «richtigen» Erledigung, d. h. eines Kompromisses ohne Verletzung der Katholiken hervor und hält daran bis zuletzt fest. In der Jesuitenfrage warnt er immer vor der Berufung, hält sie zwar für juristisch unanfechtbar, aber für einen schweren politischen Fehler und von 1845 an auch für ein moralisches Unrecht. Die scharfe Kampfstellung gegen den extremen Radikalismus bleibt sich ebenso gleich wie die nicht ebenso scharfe gegen den extremen Ultramontanismus. In diesem letzten Punkt läßt sich übrigens am ehesten ein immer stärkeres Abbiegen vom ursprünglichen Weg feststellen, der noch 1844 sehr in die Nähe der katholischen Politik geführt hat. Bluntschlis Gedanken zur Bundesreform verändern sich nur in unwesentlichen Zügen, bis allerdings der Sonderbundskrieg auch ihn zu einer gründlicheren Revision zwingt. Das Verhältnis der Schweiz zum Ausland betreffend tritt er von jeher mit Entschiedenheit gegen Intervention auf. Der Briefwechsel mit Rohmer beweist deutlich, wie ungerecht der Bluntschli hie und da gemachte Vorwurf gewesen ist, Inter-

vention zu betreiben, wie peinlich er im Gegenteil darauf bedacht ist, sich nach dieser Richtung ganz reine Hände zu bewahren. Er hält jedoch im Gegensatz zu den Radikalen moralische Anerkennung seiner Politik von Seite der auswärtigen Kabinette und der auswärtigen Presse für äußerst wichtig und wünscht zuletzt eine von außen kommende uneigennützige Vermittlung durch die kleinen deutschen Staaten oder durch den Papst. Das letzte und Hauptziel, das Bluntschli vorschwebt, bleibt von Anfang an: friedliche Verständigung der streitenden Parteien und darauffolgende gemäßigte Bundesreform — beides herbeigeführt womöglich durch das von einer starken Mittelpartei und damit von ihm selbst geleitete Zürich — vor, während oder nach einem blutigen Zusammenprall der extremen Parteien. Hiezu strebt er die Verständigung mit den gemäßigten Radikalen Zürichs an.

Zwei Hauptfragen sind es nun, die sich immer wieder aufdrängen. Weshalb scheitert Bluntschli und wie groß ist der schädliche oder günstige Einfluß Rohmers auf seine Politik?

Die Gründe für Bluntschlis Mißerfolg sind, wie wir sehen, sehr mannigfacher Art. Innerste, aus dem Charakter des Mannes entspringende, und äußere, schicksalsmäßige Faktoren verschlingen sich. Bluntschlis Geist und Kenntnisse, sein Tatendrang und seine Beredsamkeit wiegen den Menschen, die er führen soll, seinen starken Ehrgeiz und sein manchmal hoch daherfahrendes Wesen nicht völlig auf. Er ist ein Stadtbürger, aber nicht aus Patriziergeschlecht, er steht damit schon seiner Herkunft nach zwischen den ausgesprochen konservativen, aristokratischen Kreisen der Stadt und den radikalen Landbürgern. Sein Konservativismus ist viel mehr wissenschaftlich gefärbt und unterbaut als interessegebunden. Auch das entfremdet ihn den Konservativen, wie es ihn den Liberalen nicht liebenswerter macht. Seine Stellung in der Regierung ist durch den der konservativen Doktrin so entgegengesetzten revolutionären Ursprung kompromittiert. Er hat Persönlichkeiten zu Gegnern, deren Weitblick, deren Energie oder auch hartnäckiger Fanatismus seiner Kraft gewachsen oder sogar überlegen ist, im Kanton Dr. J. Furrer, Alfred Escher, in der Schweiz Neuhaus, Augustin

Keller, Druey, Ochsenbein, Siegwart-Müller. Und die wenigen einigermaßen gleich strebenden Männer haben entweder zu geringen Ehrgeiz wie Bloesch, oder zu viel davon wie Baumgartner, um sich mit ihm zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Die ausländische Diplomatie erweist sich als unfähig, auf die Gedanken Bluntschlis einzugehen, ihm eine Rückendeckung zu gewähren. Sie verstärkt vielmehr auf der einen Seite die Sicherheit der Radikalen, nichts Ernstliches befürchten zu müssen, durch halbe Eingriffe, auf der andern die katholischen Kantone durch Versprechungen, denen nur ungenügende Hilfeleistung folgt. Und endlich fallen verschiedene Geschehnisse rein äußerlich für Bluntschli unglückselig zusammen, wie etwa der erste Freischarenzug und die Bürgermeisterwahl.

Das alles sind Momente, die sich mit und ohne die Freundschaft Bluntschlis und Rohmers gleich geblieben wären. Schon das beweist, daß man dieser Freundschaft nicht einfach, wie es doch öfters geschehen ist, die ganze Schuld an Bluntschlis Erfolglosigkeit zuschieben darf. Aber man wird zugestehen müssen, daß Rohmer den Weg Bluntschlis mehr erschwert als erleichtert hat. Das Positive dieser Verbindung ist allerdings wesentlich schwieriger einzuschätzen als das Negative. Vielleicht wären beim Wahlkampf 1842 schon die Konservativen in die Minderheit gedrängt worden, hätten Rohmer und seine Freunde ihre Kraft nicht in den Dienst dieser Partei gestellt. Auch die weitere umfangreiche Mitarbeit in der Presse besonders durch Theodor Rohmer muß dem Positiven zugerechnet werden, sie verleiht «Beobachter» und «Eidgenössischer Zeitung» immerhin Weite und Abwechslung und läßt den Zürchern manchen Spielraum für anderweitige Betätigung ihrer Kräfte. Weniger positiv, stellenweise negativ sind die Bemühungen Rohmers um Anerkennung bei den Kabinetten zu werten. Ganz ungünstig wirkten der an seinen Namen sich heftende Skandal, die ungewissen Vermutungen über die Grundlage seiner Existenz, die ihn bald als heimlichen Agenten reaktionärer Politik, bald als Schuldenmacher und Hochstapler erscheinen lassen, während er tatsächlich im wesentlichen von den Schweizer Freunden unterhalten wird, und endlich seine immer wieder da und dort auch öffent-

lich auftauchenden Größenwahnideen, so ängstlich die Zürcher bemüht sind, alles Derartige — oft zum großen Ärger Rohmers — zurückzudämmen, abzuweisen oder zu verbergen. Ein besonders schlimmer Umstand ist, daß Rohmer durch seine Feindschaft mit der Redaktion der « Augsburger Allgemeinen Zeitung » auch Bluntschli von diesem wichtigen Blatt abschneidet und sich auch sonst in manche Preßfehde mit einflußreichen Organen, z. B. durch die « Süddeutsche Politische Zeitung » mit der « Deutschen Zeitung » von Gervinus und Häußer einläßt, deren Richtung etwa dem Legal-Radikalismus in der Schweiz entspricht [335].

Fast unwägbar dagegen bleibt Schaden oder Nutzen von Rohmers persönlichem Einfluß auf Bluntschli. Bluntschli selbst ist sich wohl darüber nicht immer ganz klar. So dankbar er für die geistigen Anregungen durch Rohmer ist, so sehr packen ihn doch immer wieder Zweifel an der « politischen Praxis » des Freundes, wie er sich ausdrückt. Besonders beim Übergang nach München, welcher Trübung und endlich länger dauernde Unterbrechung der Beziehungen zu Rohmer mit sich bringt, füllt er sein Tagebuch mit Bemerkungen über die Natur des widerspruchsvollen, seltsamen, unberechenbaren Mannes [336]. Und hier heißt es einmal: « Ich hasse dieses Wort « Bruch », das Fritz so leicht ausspricht. Das ist radikal. Es war ein Rohmer'scher Fehler, daß auch ich seit 1842 zu Brüchen geneigt war ». Sicherlich tritt das Herrische und wenig Konziliante in Bluntschlis Natur unter Rohmer'schem Einfluß stärker hervor. In dem Kreis der übertrieben von sich erfüllten « Jünger » muß jeder bemüht sein, sich neben den andern zu behaupten, sich zur Geltung zu bringen. Es gehört gewissermaßen zum Ton dieses Kreises — übrigens eine allgemeinere Erscheinung der damaligen Zeit —, hochmütig auf geistige Inferiorität des Gegners, manchmal sogar auch des mitstrebenden Freundes herabzublicken. Es besteht hier eine nicht zu unterschätzende Disharmonie zwischen der persönlichen Haltung, die schonungslos keine Konzessionen

[335] Vgl. hiezu W. Naef, Der schweizerische Sonderbundskrieg als Vorspiel der deutschen Revolution von 1848. Diss. München. Basel 1919. 105 S.

[336] Zum größten Teil wiedergegeben in D. II, S. 27 ff.

macht, und dem politischen Ziel einer Vermittlung, Versöhnung und Verständigung gegnerischer Parteien und Ansichten.

Wir konnten weiter beobachten, daß auch in rein sachlicher Beziehung Rohmers Einfluß sich in einem allzu starren Festhalten Bluntschlis an gewissen politischen Problemen auswirkt. Dies gilt vor allem für die Klosterfrage. Von Rohmer aus ist das Immerwiederaufnehmen dieser Frage insofern begreiflich, als sie eine Art Lockspeise für die bayerischen und österreichischen Staatsmänner in sich birgt. Das Versprechen, daß Zürich die Klosterfrage gerecht erledigen wolle, ist sein Hauptargument für das Verlangen der moralischen Unterstützung Zürichs durch die Mächte. Der beste Beweis hierfür ist, daß Rohmer von dem Augenblick, von Herbst 1845 an, wo ihn Abel fallen läßt, auch seine Stellung zur Klosterfrage verändert, sie nunmehr gewissermaßen durch die Jesuitenberufung « abgegolten » wissen will. Bluntschli aber schadet sich in der Schweiz sehr, selbst bei Gesinnungsfreunden wie Muralt und anderen, durch das stete Wiederaufrollen einer von der Tagsatzung erledigten Angelegenheit und erweckt damit den Eindruck des Doktrinarismus.

Dies ist überhaupt der häufigste Vorwurf, der Bluntschli gemacht wird. Zimmermann schreibt z. B.: « Der Schematismus der Rohmer'schen Vermittlungslehre hatte ihm den nüchternen Blick für die politischen Realitäten geraubt »[337]. Dieser Satz ist in so apodiktischer Form unrichtig, wie denn überhaupt Zimmermanns Darstellung nicht immer in ganz objektiver Weise urteilt. Die von mir veröffentlichten Briefe zeigen zwar gewiß, daß sich Bluntschli in manchen Annahmen täuscht, am gröbsten wohl vor der Bürgermeisterwahl. Vermutlich aber hat ihr Ausgang Zehnder und andere ebenso überrascht wie Bluntschli selbst und auch der rasche Fall des Sonderbundes kommt nicht nur Bluntschli, sondern auch vielen andern Schweizern unerwartet. Im großen ganzen wird man Bluntschli zubilligen müssen, daß er seine Aussichten und die der Gegner ziemlich richtig eingeschätzt hat. Gefühl für reale Macht, deren Grundlage natürlich auch rein ideell sein kann, hat er durchaus.

[337] Über die Rede Bluntschlis im Großen Rat Frühjahr 1845, S. 204.

Man kann ferner nicht sagen, daß er nach schematischen Doktrinen gehandelt habe. Gewiß ist der formale Jurist in ihm nicht immer leicht vom Politiker zu besiegen, sein Ideal aber ist nicht, das formale Recht über alles triumphieren zu lassen, sondern es mit der Politik zu versöhnen. Die Rohmer'schen Ideen vollends haben auf Bluntschlis äußerem politischem Weg keine neue Spur geschaffen, höchstens schon vorhandene Spuren vertieft und das in Bluntschlis Wesen schon liegende Bewußt-Intellektualistische seiner Politik verstärkt.

Man schließt allzuhäufig — meist jedoch nur zur Hälfte mit Recht — aus dem Erfolg auf die Qualitäten des Politikers, besonders dann, wenn es sich um so unberechenbare Dinge dreht wie um den Ausgang eines Krieges. Wer darf es wagen, für das kritische Frühjahr 1845 schon die Losung « Krieg » als die einzig heilbringende « nüchterne Realität » hinzustellen? Es ist noch durchaus möglich, daß der Bürgerkrieg das weitaus größere Unheil bedeutet. Und selbst wenn Bluntschli hier die Zukunft richtiger beurteilt hätte, als er es tat, wäre es wirklich von ihm zu verlangen gewesen, der nüchtern erkannten realen Tatsache seine Überzeugung zu opfern, das Steuer um der eigenen Macht willen einfach nach der andern Seite zu drehen?

Ganz abgesehen davon, daß er mit solcher Schwenkung sich kaum das nötige Vertrauen geschaffen hätte, muß man hier einmal auch die schöne Seite des angeblichen « Doktrinarismus » betrachten und mit Hochachtung feststellen, daß Bluntschli nicht zu jenen, gerade damals in der Schweiz und anderswo nicht spärlich gesäten « Realpolitikern » gehört, die sich immer wieder wandeln oder gar bewußt den Mantel nach dem Winde hängen. Und wie für Bluntschli, so gilt dies auch für die Brüder Rohmer, deren politisches Denken von der Moral streng aufrecht erhaltener Grundsätze getragen wird, damit allerdings wie ein reines, aber sprödes Glas an den Widerständen des Lebens zerschellen muß. Wenn die persönliche Moral Rohmers fragwürdig, zum mindesten dem Bürgertum ein Dorn im Auge sein kann, so ist von seinem politischen Wollen zu sagen, daß es — entgegen dem äußeren Anschein — nie von niedrig-materiellen Wünschen beherrscht ist, daß niemals gesinnungslose Kriecherei und Wandel-

barkeit seine Kennzeichen sind. Und so heben sich Bluntschli und seine Freunde in ihrer gewiß oft schroffen, den Augenblick nicht immer nutzenden, aber persönlich makellosen Haltung doch vorteilhaft ab gegenüber andern, ängstlichen, wandelbaren oder heftig verblendeten Naturen der Zeit.

Von höherer Warte aus betrachtet mag man die historische Aufgabe der Politik Bluntschlis und seiner Freunde darin sehen, daß sie sich als Damm dem allzu stürmischen Andrängen des Radikalismus entgegensetzt, ihn zu Selbstbesinnung, zu Vorsicht und Mäßigung zwingt und dadurch mithilft, den Übergang zur Neuordnung der Dinge schmerzloser zu gestalten. Wenn die Richtung Furrers über die Ochsenbeins siegt, wenn die neue Bundesverfassung von 1848 in wunderbarer Selbstbeschränkung — recht entgegengesetzt der Deutschen Reichsverfassung von 1849 — nur das Erreichbare festlegt, ohne die Türe einem weiteren Ausbau zu verschließen, so mag man dies zu einem kleinen Teil auch dem äußerlich so erfolglosen Wirken und Ringen Bluntschlis zugute rechnen.

Am 24. August 1847 schrieb er an Dr. v. Müller in Bern: « Wir graben Kanäle, in die später das Wasser, wenn es austritt, laufen kann »[338]. Die Hochflut selbst kann Bluntschli nicht zurückdämmen, noch in das von ihm gewünschte Bett leiten, aber einige der von ihm gegrabenen Kanäle hat sie dann doch mit Wasser gefüllt und schiffbar gemacht.

---

[338] Blösch, Vor 50 Jahren, a. a. O., S. 174.